

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.– Erscheint monatlich Nr. 10 Oktober 2001 36. Jahrgang

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Krieg gegen den Islam?



Peter Bühler,
Stadtrat und
SD-Kantonal-
präsident,
Bern

Am Anfang jeder Betrachtung über die mörderischen Terroranschläge in New York und Washington steht selbstverständlich das uneingeschränkte, tiefe Mitempfinden mit den Opfern und ihren Angehörigen. Das ganze Schweizer Volk trauert mit den Unglücklichen. Die Zahl der Toten und Vermissten übersteigt mit über 5000 jedes Vorstellungsvermögen in Friedenszeiten.

Heldenhaft geschlagen haben sich Feuerwehr und Polizei von New York, wie schon die vielen bei diesem Einsatz umgekommenen Angehörigen beider Dienste drastisch unter Beweis stellen. Diese Selbstaufopferung aus Nächstenliebe bzw. Pflichtbewusstsein nötigt uns höchsten Respekt ab.

**NSA, CIA und Co.
verschleifen die Gefahr**

Dennoch stellt sich die Frage, wie konnte es nur dazu kommen, dass mehr als 10 US-Geheimdienste mit

einem Jahresetat von gut und gerne hundert Milliarden Dollar, ohne die versteckten Summen mit zu erwähnen, «schlafen»? Tag für Tag, Jahr für Jahr spielten die Geheimdienste alle möglichen und unmöglichen Szenarien durch, um gegen alle Arten von Bedrohungen gewappnet zu sein. Nur die wahre Gefahr war nicht darunter. US-Präsident Bush warb voller Elan, wie Reagan, für ein «Raketabwehrsystem» gegen Schurkenstaaten. Um damit «unsere Welt sicherer zu machen». Doch die Attentäter verwendeten vier Flugzeuge von amerikanischen Gesellschaften. Und sie benützten auch keine Handfeuerwaffen oder Sprengstoff, sondern Messer und Teppichschneider.

Die ganze Situation ist höchst peinlich für die US-Geheimdienste und sie müssen sich nun sehr unangenehmen Fragen stellen, bei denen sie vielleicht einige Federn lassen müssen. Die Kritiker wurden schnell aktiv wie einige Senatoren, die verlangten, unterstützt von verschiedenen Mitgliedern des Kongresses, dass der Etat der Geheimdienste drastisch gekürzt werden müsse.

**Der Schuldige
war schnell gefunden**

Einzig George Bush jr. und sein Stab sprachen den Geheimdiensten noch ihr Vertrauen aus. Und siehe da, kurz danach konnten sie



Nach dem Terror-Wahnsinn:
**Klares Nein zum
UNO-Beitritt**

Gerade die Terroranschläge auf die USA und der darauffolgende militärische Gegenschlag Amerikas auf Afghanistan haben eindrücklich gezeigt, wie wichtig die Wahrung der schweizerischen Neutralität ist. Je mehr wir gezwungen werden, als Kleinstaat Partei zu ergreifen, desto stärker werden wir in weltpolitische Auseinandersetzungen hineingezogen. Der Aktionsradius der Schweiz in ihrer traditionellen Rolle als Vermittlerin wird dabei eingeschränkt. Der politischen Organisation der UNO beizutreten bedeutet, dass wir verpflichtet werden können, gegen andere Staaten Stellung zu beziehen. Das widerspricht dem Grundsatz der schweizerischen Neutralität.

Anti-UNO-Sonderspende

Deshalb wollen wir Schweizer Demokraten (SD) der politischen Organisation der UNO nicht beitreten. Leider sind wir aber wieder einmal die einzige im Bundeshaus vertretene Partei, welche den UNO-Vollbeitritt geschlossen bekämpft. Wir wollen (und müssen) eine nationale Anti-Uno-Kampagne starten. Dafür sind wir aber auf Ihre tatkräftige Hilfe dringend angewiesen. Deshalb legen wir dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein bei mit der dringenden Bitte um Unterstützung im Kampf gegen den verheerenden UNO-Vollbeitritt.

Herzlichen Dank – Ihre SD-Geschäftsleitung

der Welt einen «Schuldigen» präsentieren: Osama Bin Laden. Wie bei den Attentaten auf die Kennedys, King und Co. war der mutmassliche Schuldige auch hier schnell gefunden. Mit angeblich «erdrückenden Beweisen», die vor der Welt geheimgehalten werden, soll der Beweis für die Schuld des Bin Laden erbracht sein. Seit dem Reichstagsbrand, Pearl Harbor und dem Golfkrieg, um nur einige Beispiele der Geschichte aufzuzeigen, sollte klar sein, dass eine Regierung ein Volk und die Welt belügen und somit manipulieren kann, um es für ihre Zwecke gegen eine andere Nation oder eine andere Volksgruppierung aufzuhetzen. Um so dann ganz legal gegen die angeblichen Feinde vorzugehen. Und dies könnte auch hier der Fall sein. Oder war der Welt bekannt, dass Bin Laden wie Saddam Hussein vom CIA ausgebildet und finanziert wurden? Oder weshalb Schwarzkopf mit seinen Truppen

ein Verbot von Bush sen. erhielt, den «Aggressor von Bagdad» zu

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Die Lehre des Islam
- 3 Wer regiert eigentlich unsere Schweiz?
- 4 Wahlen im Kanton Aargau
- 5 Wahlen im Kanton Bern
- 6 SD im Nationalrat
- 7 UNO-Beitritt
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Generelle Betrachtungen der EU und der UNO
- 12 Der Leser hat das Wort

Kondolenzschreiben Kanton Zug

Liebe Trauerfamilien, liebe Trauernden

Namens der Schweizer Demokraten (SD) entbieten wir Ihnen unser tief empfundenes Beileid. Wir sind entsetzt und finden kaum Worte zur unglaublichen Tat des Amoktäters. Ein italienischer Staatsmann hat einmal gesagt: «Gewalt findet nie den Weg zum Herzen!» Dem können wir uns nur anschliessen. Die Zeichen der Trauer überall im Land lassen erkennen, dass das ganze Volk mit Ihnen trauert. Und unser demokratisches Rechtssystem wird sich durch solch eine grausame Tat nicht erschüttern lassen! Wir wünschen Ihnen viel Kraft, um diese schwere Zeit durchstehen zu können.

*a. Nationalrat Rudolf Keller, Frenkendorf, SD-Zentralpräsident
Nationalrat Bernhard Hess, Bern, SD-Zentralsekretär*

Krieg gegen den Islam?

Fortsetzung von Seite 1

jagen und zu verhaften? Oder dass die Taliban ebenfalls von den USA während des Krieges mit der UdSSR mit Waffen und Geld unterstützt wurden? Es waren auch die USA, die die Taliban in Afghanistan an die Macht brachten. Und nun wollen die ehemaligen Förderer mit ihrer «ganzen Kraft» gegen die Taliban und Bin Laden vorgehen? *Nur damit Klarheit herrscht: Wenn Bin Laden der Drahtzieher dieser schrecklichen Anschläge war, muss er gnadenlos zur Rechenschaft gezogen werden. Aber der Grund dafür müssen Fakten sein und nicht irgendwelche Behauptungen, die vor der Welt verheimlicht werden!* Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Anschläge für eine muslimische Täterschaft sprechen, aber wo sind die Beweise? Es stellt sich die Frage, haben diese auch die nötige Logistik usw., um diese Taten zu vollbringen? Die Antwort wird uns die Geschichte geben.

Nur Recht sichert Frieden

Wie können solche Untaten zukünftig verhindert werden? Im Grunde gibt es nur einen einigermaßen sicheren Weg, nämlich den Völkermord an den Palästinensern

zu beenden und die so genannten Siedler hinter die Grenzen von 1967 zurückzuziehen. Wenn die US-Administration unter Bush sich weiterhin an der Entrechtung und Verelendung der Palästinenser desinteressiert zeigt, gleichzeitig aber Israel mit allen Mitteln, modernsten Waffen und Dutzenden Milliarden Dollar unter Missachtung aller UN-Resolutionen stützt und fördert, werden die Selbstmord-Attentate in vielerlei, heute kaum noch vorstellbaren schrecklichen Formen weitergehen.

Für die arabische Welt ist New York die mit Abstand grösste jüdische Stadt auf der Welt, mit dem World Trade Center von Larry Silverstein die Zentrale eines Israel bedingungslos stützenden US-Imperialismus. Nach einer dpa-Meldung vor ein paar Tagen «werden mehrere tausend israelische Staatsbürger nach den Terroranschlägen in New York und Washington vermisst. Nach israelischen Medienberichten hat das Aussenministerium in Jerusalem eine Liste von bislang etwa 4000 Israelis erstellt, die sich nach Angaben ihrer Angehörigen oder Freunde zum Zeitpunkt der Attacken vom 11. September im Bereich des WTC oder des Pentagon aufhielten».

Man kann nur zu Gott beten und hoffen, dass der angekündigte Ver-

geltungsschlag nicht zum monströsen Racheakt wird, der Unschuldige trifft, sondern lediglich die Täter und ihre Drahtzieher bestraft. Verbrechen sollten mit polizeilichen und nicht mit militärischen Mitteln bekämpft werden. Jedes Übermass, das viele jetzt Bush zutrauen, kann auf mittlere oder längere Sicht zu Kriegen mit Völkern und Staaten der Dritten Welt führen, die heute im Vergleich zur Supermacht USA ohnmächtig erscheinen mögen, aber vielleicht schon in wenigen Jahren eine beachtliche Stärke erlangen könnten.

Staaten auslöschen als Politik

US-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz kündigte an, es werde nicht bei einem Vergeltungsschlag bleiben, und: «Es wird ein Feldzug und keine einzelne Aktion». Wie Wolfowitz weiter verlauten liess, sind die USA entschlossen, «Staaten zu beseitigen (ending states), die den Terrorismus fördern oder unterstützen». In der «Welt» des an Israel orientierten Springerkonzerns werden 8 Staaten als «mögliche Zielländer für amerikanische Angriffe» vorgestellt: Libyen, Syrien, Iran, Irak, Afghanistan, Philippinen, Sudan und Somalia. Ziel Nummer 1 dürfte im Moment Afghanistan sein. In diesem Land wurde Mitte des vorvergangenen

Jahrhunderts das britische Expeditionskorps und am Ende des vergangenen Jahrhunderts die sowjetische Interventionsarmee vernichtet. Seitdem wüten die im Kampf gegen die Rote Armee von Washington massiv aufgerüsteten Taliban-Milizen in dem unter ihrer Schreckensherrschaft geschundenen Staat.

Es mag relativ einfach sein, die bisher überlebende notleidende Einwohnerschaft von Kabul durch Bombenabwürfe und Raketenbeschuss aus 10'000 Meter Höhe weiter zu dezimieren. Inwieweit allerdings dies die Drahtzieher des Terror bzw. des Gewaltsystems berührt, bleibt bis auf weiteres im Dunkeln!

Erlaubt sei mir noch eine Bemerkung zum Schluss: Im Internet wurde in den vergangenen Wochen regelmässig der angebliche Nostradamus-Vers verschickt, der lautet: «In der Stadt York wird es einen grossen Kollaps geben. Zwei Zwillingbrüder werden auseinander gerissen. Der grosse 3. Krieg wird beginnen». Bitte schenken Sie diesem Vers keine Beachtung, denn er stammt nicht vom «Seher der Seher» Nostradamus, sondern ist die Fälschung eines Wichtigtuers!

Lassen wir uns nicht in Panik versetzen, sondern bewahren wir gerade jetzt Ruhe und Besonnenheit.

Die Lehre des Islam – friedvoll oder kriegerisch?



Hans Steffen,
a. Nationalrat,
Fischenthal

Am Donnerstag, 20. September 2001, erklärte US-Präsident George W. Bush in einer Fernsehansprache an die Nation: «Die Lehre des Islam ist friedvoll und gut...» Ähnliches kann man in Stellungnahmen kirchlicher und politischer Kreise der EU und der Schweiz vernehmen. Es stellt sich sogleich die Frage, ob diese Lehre, wie sie im Koran niedergelegt ist, wirklich friedvoll ist. Zweifel sind berechtigt. Bundesrat Kurt Furgler und die damaligen Politiker, welche in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts jede Beschränkung der Einwanderung ablehnten und die Rekrutierungsgebiete auf islamische Staaten wie Jugoslawien und die Türkei ausdehnten, hätten vorher den Koran lesen sollen.

Der Islam – Religion, Staats- und Rechtslehre

Die muslimische Religion basiert auf den Offenbarungen Allahs an

den Religionsstifter Mohammed, die im heiligen Buch Koran niedergeschrieben sind, auf den überlieferten Aussprüchen (Hadith) Mohammeds und auf einer Vielzahl von Interpretationen nachfolgender Geistlicher. Letzteres erklärt die verschiedenen Glaubensrichtungen im Islam. Einige islamische Staaten haben im letzten Jahrhundert die Scharia als Rechtsform eingeführt, die sich im Wesentlichen auf Koran und Hadith stützt. Gesetzgebung und Regierungstätigkeit werden in diesen Ländern (Iran, Afghanistan, Sudan etc.) nicht nur von der Geistlichkeit beeinflusst, sondern überprüft und bestimmt. Die Staatsform der Demokratie im westlichen Sinne, die auf der Souveränität des Volkes und den Mehrheitsbeschlüssen in Parlament und Regierung beruht, ist in diesen Staaten nicht möglich.

Jihad – der Heilige Krieg des Islam

Nach islamischer Lehre ist die Welt in zwei Machtbereiche geteilt: «Dar al-Islam» (Haus des Islam) oder auch «Dar e-Salaam» (Haus des Friedens) heissen jene Territorien, welche unter der Scharia, dem islamischen Recht stehen. Alle andern, (noch) nicht islamischen Länder werden als «Dar al-Charb» (Haus des Krieges) bezeichnet.

Die Islamisierung der Welt ist seit eh und je ein wichtiger Auftrag an die Gläubigen dieser Weltreligion. Das Mittel zur Erreichung dieses stolzen Ziels ist der Jihad. Dabei ist alles Jihad, was der Ausbreitung des Islam dient: Die Einwanderung von Moslems in die Staaten der westlichen Welt, der Bau von Moscheen, die Errichtung von Koranschulen, die Weisung eines islamischen Zentrums in Deutschland, deutsche Frauen zu heiraten, das Auflegen des Korans in westlichen Hotels, aber eben auch der bewaffnete Kampf.

Im Zusammenhang mit den Anschlägen in Israel und Amerika ist in der Presse oft vom Jihad die Rede. Immer wieder wird berichtet, dass islamische Geistliche zum Jihad aufrufen. Terroristen berufen sich auf diesen «Heiligen Krieg» gegen die Feinde des Islam, wobei Israel und der grosse Bruder Israels, die USA, als Erzfeinde gelten.

Israel – der Pfahl im Fleisch

Nach islamischer Lehre kann ein Gebiet, das einmal islamisch war, nie entislamisiert werden. So gelten neben Israel auch Spanien und der Balkan als islamisches Territorium, das verloren gegangen ist und von den Kämpfern Allahs wieder erobert werden muss. Mit der Errichtung des Staates Is-

rael im Jahre 1948 wurden die islamischen Gesetze in Bezug auf Territorium, Heilige Stätten (Moscheen auf dem Tempelberg, Abrahams Grab in Hebron) und Stellung der Juden gebrochen. Am schlimmsten zu ertragen ist für die Moslems, dass Juden in Israel und in den besetzten Gebieten über Moslems herrschen.

Ist friedliches Zusammenleben von Christen, Juden und Moslems möglich?

Es war in der Vergangenheit durchaus möglich, sogar in Palästina bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Allerdings geschah dies immer nur unter islamischer Herrschaft. Es wird nach islamischer Auffassung dann Friede auf Erden herrschen, wenn überall die Scharia eingeführt ist. Dass die islamische Theologie jemals von dieser Forderung abrücken wird, ist kaum zu erwarten. Zwischen Juden und Moslems ist kein Friede möglich, denn beide Religionen kennen die «Rache». Die Opfer auf beiden Seiten – das Elend durch Selbstmordattentäter und die Toten durch Panzer- oder Raketenbeschuss – fordern Rache, und so werden die Friedensbemühungen im Nahen Osten zur Illusion. Friede wäre

Fortsetzung Seite 3

Wer regiert eigentlich unsere Schweiz?

Swissair-UBS: Keine Überraschung!



Rudolf Keller,
a. Nationalrat,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Spätestens seit der Grossbankfusion vor drei Jahren wissen wir, dass sich diese Finanz-Riesen von der Schweiz verabschiedet haben.

Sie wollen erklärte «Global Player», Spieler auf der grossen Weltbühne sein. UBS wie CS haben in den letzten Jahren manchen Kleinanleger, manchen Gewerbetreibenden vor den Kopf gestossen, indem sie ihm keinen Kredit gewährten oder mit ihren schlechten Konditionen deutlich durchschimmern liessen, dass ihnen grössere Kunden lieber wären. Und es liegt auch ziemlich offen lesbar auf dem Tisch: Diese Grossbanken haben den seinerzeitigen Zweitweltkriegs-Grossbanken-«Deal» rund

um die sogenannten «Weltkriegs-Schuldzahlungen» der Schweiz nur gemacht, damit sie vor allem in ihrem geliebten Amerika künftig in der obersten Bankenklasse mitspielen konnten. UBS und CS sind also schlicht keine schweizerischen Banken mehr, auch wenn manch ein Einheimischer bei diesen Arbeitgebern sein Einkommen findet. Sie haben sich mit ihrer Arbeitsphilosophie auch innerlich von unserem Land entfernt. Und dann diese Arroganz im Auftreten. Der **UBS-Chef** taucht unter im entscheidenden Moment und ist wohl **absichtlich schlicht nicht erreichbar** – er ist auch nicht für die Bundesräte zu sprechen. Sein UBS-Vizepräsident, ein an Überheblichkeit nicht mehr zu überbietender eingebildeter Snob, der standesgemäss mit der Luxuslimousine vorfährt und es fertig bringt, in einem 5-minütigen Fernseh-Interview schlicht nichts zu sagen, ausser dass die andern schuld seien... **das alles ist ein Trauerspiel.**

ferfirmen, welche mit grossen wirtschaftlichen Verlusten rechnen müssen. Aber auch das Gewerbe und die einheimische Industrie dürfte negativ von dieser Situation betroffen sein.

Das Ansehen unseres Landes hat arg gelitten. Und eines ist auch offenkundig: **Mario Corti kann für dieses Debakel keine Schuld zugeschrieben werden.** Er hat versucht, das Menschenmögliche zur Rettung zu unternehmen!

Spörrli muss zurücktreten und mit den andern 2 Milliarden Franken zahlen

All diese freisinnigen Verwaltungsräte, welche die Swissair dermassen in den Abgrund geritten haben, sollten eigentlich schnellstens ihre Verantwortung wahrnehmen. Frau Ständerätin Spörrli soll zurücktreten von ihrem Parlamentarier-Amt. Und dann, das sind ja alles schwerkreiche Leute. **Diese ehemaligen Swissair-Verwaltungsratsmitglieder sollen jetzt bitte schnellstens – aus ihren grossen Vermögen – 2 Milliarden Franken auf den Tisch blättern, um einen guten Sozialplan für alle Geschädigten dieses Debakels umsetzen zu können.**

Schmidheini, Spörrli, Bruggisser, Honegger, Leuenberger, Mühlemann & Co.: Alles lag in Eurer Verantwortung! Warum nehmt Ihr diese Verantwortung nicht wahr und schleicht Euch still und heimlich davon? **Schämt Euch!**

Fortsetzung von Seite 2

dann möglich, wenn sich Juden und Moslems den Forderungen der Bibel unterziehen würden, nämlich: Verzicht auf Rache und Praktizie-

rung der «Vergebung». Aber auch das ist eine Illusion. Die Welt wird auch künftig mit Kriegen und Anschlägen zu rechnen haben, die auf gegensätzlichen Menschenbildern und Glaubensinhalten beruhen.

Der Koran Das heilige Buch des Islam

(Goldmann-Verlag, München)

Aussagen zum Heiligen Krieg, den Strafen für die Ungläubigen und der Glückseligkeit der Gotteskrieger

2. Sure 192

Tötet sie, wo ihr sie trifft, verjagt sie, von wo sie euch vertrieben; vertreiben ist schlimmer als töten. Bekämpft sie, aber nicht in der Nähe heiliger Stätten; greifen sie euch aber dort an, erlegt sie auch da; dies sei das verdiente Schicksal der Ungläubigen.

3. Sure 29

«O Gläubige, nehmt euch weder Juden noch Christen zu Freunden; denn sie sind nur einer des andern Freund. Wer von euch sie zu Freunden nimmt, der ist einer von ihnen...»

5. Sure 34

Doch der Lohn derer, welche sich gegen Allah und seine Gesandten empören und sich bestreben, nur Verderben auf der Erde anzurichten, wird sein: dass sie getötet oder gekreuzigt oder ihnen die Hände wechselseitig abgehauen oder dass sie aus dem Lande verjagt werden. Das ist die Strafe in dieser Welt, und auch in jener Welt erwartet sie grosse Strafe.

8. Sure 13

Ebenso als dein Herr den Engeln offenbarte: «Ich bin mit euch, stärkt daher die Gläubigen, aber in die Herzen der Ungläubigen will ich Furcht bringen; darum haut ihnen die Köpfe ab und haut ihnen alle Enden ihrer Finger ab.»

9. Sure 20

Die, welche geglaubt und für die Religion Allahs ihr Vaterland verlassen und mit ihrem Vermögen und Leben für sie gekämpft haben, diese erhalten eine hohe Stufe der Glückseligkeit bei Allah; und nur diese werden glücklich sein.

47. Sure 5-7

Die für Allahs Religion kämpfen (und sterben), deren Werke werden nicht verloren sein. Allah wird sie vielmehr leiten und die Bestrebungen ihres Herzens beglücken und sie in das Paradies führen, welches er ihnen angekündigt hat.

56. Sure 11-13, 16-20, 23-25

Die zuvorderst anderen im Guten vorangegangen sind (Propheten, Märtyrer), die werden allen auch in das Paradies vorangehen. Diese werden Allah am nächsten sein und in wonnevollen Gärten wohnen...

Sie werden auf Kissen ruhen, welche mit Gold und edlen Steinen geschmückt sind, sie lehnen einander gegenüber. Jünglinge in ewiger Jugendblüte werden, um ihnen aufzuwarten, sie mit Bechern, Kelchen und Schalen voll fliessenden Weines umkreisen, der den Kopf nicht schmerzen und den Verstand nicht trüben wird... Und Jungfrauen mit grossen schwarzen Augen, gleich Perlen, die noch in ihren Muscheln verborgen sind, bekommen sie als Lohn ihres Tuns.

Aber eines ist klar: Unsere Politik darf es nicht mehr zulassen, dass die Grossbanken und der Zürcher Freisinn unser Land heimlich regieren!

Fieses UBS-Spiel auf dem Rücken der Allgemeinheit

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass diese beiden Banken, vor allem aber die **UBS sich als Retter der Swissair** aufgespielt haben. Warum haben sie das getan? Schlicht und einfach, **weil sie ein Geschäft witterten.** Die schlechten Teile dieser Swissair lässt man schlittern oder anders gesagt – man überlässt sie der Allgemeinheit zur Schuldenbegleichung (Konkurs) und das gute Risiko haben sie sich herausgepickt. Damit wollen sie eine neue Fluggesellschaft aufbauen. Die soll dann wohl nach dieser Grossbanken-Philosophie international sein. Zwar mit einer Starbasis in Basel, aber dies könnte gerade so gut New York sein!
Sie überlassen uns Steuern zahlen, den die Konkursmasse und die vielen tausend Arbeitslosen, die nicht nur im Kanton Zürich wohnen. Und sie bescheren uns mit der Peinlichkeit, dass die symbolträchtige Swissair ihre Flugzeuge ganz und später teilweise am Boden lassen musste, eine riesige Blamage. Viele von uns fühlen sich in dieser Situation «verar...t» – im wahren Sinne des Wortes. Leid tun uns allen die zahlreichen Swissair-Angestellten, welche ihren Arbeitsplatz verlieren dürften. Und Bedauern haben wir auch mit all den Zulie-

Wir ziehen auf jeden Fall eine Konsequenz: Unsere Banken sind die Kantonalbanken, die Raiffeisenbanken, die Regionalbanken, die Migros- und COOP-Bank... Mit den beiden menschenverachtenden Grossbanken wollen wir nichts mehr zu tun haben.

Wie die Geschichte weitergeht? Geschrieben habe ich diese Gedanken am 5. Oktober, eventuell sieht schon am 6. Oktober alles noch viel schlimmer und wieder verändert aus.

Aber vielleicht wäre die Idee einer Volksaktie für die Swissair gar nicht so dumm. Damit könnte man die hochtrabenden Pläne der UBS und CS vielleicht noch in letzter Minute durchkreuzen.

«Wenn jemand ein Problem erkannt hat und nichts zur Lösung des Problems beiträgt, ist er selbst ein Teil des Problems.»

Indian. Sprichwort

Sonderseite Wahlen



Kanton Aargau



Glänzende Wiederwahl

Lidwina Wiederkehr als Vizeammann wieder gewählt

Am 23. September fanden in Rekingen die Wahlen in den Gemeinderat statt. Dabei wurde die Aargauer Kantonspräsidentin der SD, Lidwina Wiederkehr-Müller, wieder in den Gemeinderat und auch als Vizeammann wieder gewählt. Ihre Wahl in den Gemeinderat erfolgte glänzend. Sie erreichte die zweithöchste Stimmzahl aller fünf Gemeinderäte. Der Gemeinderat mit der höchsten Stimmzahl errang nur 8,3 Prozent mehr Stimmen als Lidwina Wiederkehr; ihr Vorsprung auf die nächstplatzierten Gemeinderäte betrug hingegen zwischen 26 und 42 Prozent! Die SD Aargau gratuliert seiner Kantonalpräsidentin zu diesem Glanzresultat. Es beweist, dass Lidwina Wiederkehr in der Gemeinde Rekingen ganze Arbeit leistet und im Dorf sehr beliebt ist. Das beweisen auch ihre vielen öffentlichen Auftritte, zu denen sie zu den verschiedensten Anlässen als Rednerin oder Organisatorin eingeladen wird. (ND)

Gratulation an die Familie Aeschbach

Nachdem Vater Kurt Aeschbach dieses Frühjahr im Bezirk Kulm als Mitglied der Schweizer Demokraten in den Aargauer Grossen Rat gewählt worden war, wollte einer seiner Söhne, Alexander, nicht hinten anstehen. An der Bahn-WM der Radfahrer in Antwerpen errang er mit seinem Partner Franco Marbulli in der Americaine den hervorragenden 4. Rang. Das Team Aeschbach-Marbulli gewann zwar die meisten Sprints und errang damit die meisten Punkte, deutlich mehr als die drei erstplatzierten Teams aus Frankreich, Italien und Argentinien. Weil die beiden Schweizer aber von diesen drei Teams überrundet worden waren, erreichten sie trotz weit höherer Punktzahl nur Rang 4. Dennoch herzliche Gratulation an unseren Grossrat Kurt Aeschbach und seinem Sohn Alexander. (ND)

Einwohnerratswahlen im Bezirk Baden

Erstmals kandidieren die SD im Bezirk in allen Gemeinden mit Einwohnerrat. Während sie in der Stadt Baden seit 1971 mit einem kurzen Unterbruch immer 1-2 Sitze inne hatten, kandidieren sie erstmals auch in Wettingen und Obersiggenthal.

In Baden kandidieren: Dragan Najman (bisher), Dr. Ing.-chem. ETHZ; Fritz Ribbi, Zimmermann; Stefan Kilcher, Elektromonteur mit eidg. Fachausweis.



Dragan Najman

In Wettingen kandidieren: André Schmid, Offsetdrucker/Lehrlingsausbildner; Peter Pfäffli (parteilos), Elektro-Zeichner.

In Obersiggenthal kandidiert: Bernhard Favre, Elektro-Zeichner, selbständiger Elektro-Planer.

Die verschiedenen Wahlen finden statt am:

Wettingen: 20. Oktober, Liste 8

Baden: 27. Oktober, Liste 9

Obersiggenthal: 2. Dezember, Liste 6 (Für Wettingen kommt diese SD-Ausgabe eventuell etwas zu spät zu den Abonnetten)

Aufruf an alle SD-Sympathisanten in diesen drei Gemeinden:

Gehen sie alle zu Urne (oder wählen sie schriftlich) und legen Sie die entsprechenden, oben angegebenen, Listen ein.

Wichtig: Bei den ER-Wahlen gilt das Listensystem. Sie helfen den SD also nur, wenn Sie unsere Liste einlegen. Namen unserer Kandidaten auf fremden Listen nützen unserer Partei nichts, sondern nur individuell dem betreffenden Kandidaten.

«Umweltschutz und Bevölkerungsdichte haben ursächliche Zusammenhänge...»

unbekannt

«Die Erde hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.»

Mahatma Gandhi, 1869–1948

!! Mobilmachung!!

Referendum in Baden

Die Abstimmung im Einwohnerrat Baden mit Referendumsmöglichkeit über das Projekt KombiNation kommt nun endlich Ende Oktober an die Reihe. Vorher hatten Stadtrat und Einwohnerrat eine referendumsfähige Abstimmung im Parlament drei Mal verschoben oder gar nicht als abstimmungsfähige Vorlage in den Rat gebracht. Ganz offenbar fürchten Stadtrat und Einwohnerrat das Referendum der SD mit folgender Volksabstimmung.

Das Projekt KombiNation (man beachte das linksextreme grosse «N» in der Mitte, das offenbar auf die von den Linken und Netten angestrebte Multi-Kulti-Nation «Schweiz» hindeutet) ist nämlich schweizerfeindlich, weil es nur der Unterstützung der Ausländer dient. Die bisherige Versuchsphase seit 1. Januar 1999 (wobei im Jahr 2001 das Projekt praktisch illegal, weil ohne gültige Abstimmung im Einwohnerrat, durchgeführt wird) hat in diesen fast drei Jahren überhaupt keinen praktischen Erfolg gezeigt, dafür den Steuerzahler rund 320'000 harte Franken gekostet. Jetzt soll KombiNation als Daueraktion für vorläufig Fr. 150'000.- pro Jahr eingeführt werden.

150'000 Franken pro Jahr für Null Erfolg sind eindeutig zu viel.

Übrigens: Der Leiter dieses Projekts heisst Noel Tchibangu (wie man den Nachnamen ausspricht, weiss ich nicht) und ist ein waschechter Kongolese! Ob das der richtige Mann ist für eine Integration der Ausländer in der Schweiz? Die

Schweizer Demokraten haben deshalb schon lange beschlossen, das Referendum gegen das Projekt zu ergreifen.

Aufruf zur Unterschriftensammlung

Die SD Baden sind dringend auf aargauische und ausserkantonale Hilfe angewiesen, denn es müssen innert 30 Tagen 1100 Unterschriften (10% der Stimmberechtigten) allein in Baden gesammelt werden.

Die Unterschriftensammlung läuft vom 30. Oktober bis 28. November 2001. Wir bitten alle Mitglieder und Sympathisanten der SD zur Mithilfe, sei es nur für 2-3 Stunden. Die Rechnung ist einfach. Je mehr Leute mitmachen, desto weniger muss jeder Einzelne sammeln. Wenn 20 SD-Freunde mitmachen, braucht jeder nur 50 Unterschriften zu sammeln. Alle, die mindestens 50 Unterschriften sammeln, haben beim Zustande kommen des Referendums vom unten angegebenen einen kleinen Imbiss zugute!

Anmeldung für Sammler/-innen bitte richten an:

Dragan Najman, Kehlstrasse 49, 5400 Baden, Tel./Fax-Nr. 056 - 222 68 72.

Die SD hoffen auf zahlreiche Anmeldungen.

Wir müssen und wollen dieses Referendum Zustande bringen!

Swissair-Bankrott

FDP soll endlich Farbe bekennen und sich vom Parteienfilz verabschieden. SD Aargau fordern von Vreni Spörry den sofortigen Rücktritt als Ständerätin

Die Zürcher FDP-Ständerätin Vreni Spörry hat die Misswirtschaft der ehemaligen Verwaltungsräte der Swissair Group endlich zugegeben. Als ehemaliges Mitglied dieses Versagerates sollte Vreni Spörry die laufende Untersuchung gegen die ehemaligen Verwaltungsräte nicht noch länger abwarten und von ihrem Ständeratsmandat ohne Wenn und Aber

zurücktreten. Im weiteren sollte sie die bezogenen Verwaltungsrats-Honorare der konkursiten Fluggesellschaft zurückerstatten, denn sie ist nach Ansicht der SD Aargau für dieses Desaster mitverantwortlich. Es ist für die SD Aargau nicht nachvollziehbar, dass die FDP ihr «sogenanntes Aushängeschild» noch weiter unterstützt, denn sie ist nach Auffassung der SD Aargau auch als Volksvertreterin untragbar geworden.

SD-Kantonalsektion Aargau,
René Kunz, Pressechef

Sonderseite Wahlen

JSD -Standpunkt



Kanton Bern

Gemeindewahlen Köniz 2. Dezember 2001

Exekutive: Hans Peter Wagner für die PGSP/SD-Einheitsliste

Die Verantwortlichen der Partei für gerechte Steuerpolitik (PGSP) und der Schweizer Demokraten (SD) haben an ihrer gemeinsamen gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen

Hans-Peter Wagner, 1930, Prof. Dr. med. Kinderarzt, Wabern, als gemeinsamen Kandidaten ins Rennen sowohl um das Haupt- wie auch das Nebenamt zu schicken. Mit ihrer eigenen Kandidatur reagieren die SD auf das arrogante Verhalten der SVP und teilweise auch der FDP, welche die beiden Rechtsparteien nach wie vor aus dem Bürgerblock ausgrenzen wollen.



H.P. Wagner

Minimal-Wahlziel GGR: Zwei SD-Sitze

Insbesondere weil die Freipartei (FPS) nicht mehr antritt, sind die SD überzeugt, bei den bevorstehenden Wahlen in Köniz zwei Sitze zu erreichen. Zudem hoffen sie auf die Wiederwahl von Hans-Peter Wagner (PGSP), dem bewährten Partner. Die SD wollen einen sehr aktiven Wahlkampf führen. Kernwahlkampfaussagen sind die Stichworte «Erhaltung von Sicherheit und Ordnung» und die SD-Kernthemen Asyl/Ausländer, Drogen und Finanzen. Unter dem Motto «Vorsicht SVP-Fälle» warnen die SD die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vor der allzu liberalen Könizer SVP. Vor allem in den Bereichen Asyl, Drogen, Sicherheit, Recht und Ordnung sind seitens der linksdralligen SVP Köniz keine Verschärfungen zu erwarten. Die SD gehen einzig mit der Partei für gerechte Steuern eine Listenverbindung ein.

Beat Giger neuer SD-Gemeinderat



Beat Giger



Peter Schori

Antoine Unternäher (FPS) ist mit sofortiger Wirkung aus dem Grossen Gemeinderat Köniz zurückgetreten. Ersthinreichender ist der Schweizer Demokrat **Beat Giger**, Postbeamter aus Schliern. Somit können die SD mit zwei Bisherigen (Peter Schori und neu Beat Giger) zu den Wahlen vom 2. Dezember 2001 antreten.

Die SD-Kandidatinnen und -Kandidaten für den Gemeinderat Köniz:

- Peter Schori, bisher, 1940, Postangestellter und Landwirt
- Beat Giger, bisher, 1951, Postbeamter
- Brigitta Matter, 1957, Krankenschwester/Bäuerin
- Marc Binz, parteilos, 1960, Servicetechniker
- Werner Mischler, 1980, Spengler
- Wiedmer Hanspeter, 1963, Rangiermeister Post
- Frieda Beyeler, 1946, Hausfrau/Teilzeitangestellte
- Fritz Wenger, 1939, Städtischer Angestellter

Wir bitten sämtliche Leserinnen und Leser des «Schweizer Demokrat» in Köniz für den Gemeinderat die Liste 10 möglichst unverändert zu berücksichtigen. Für das Haupt- und Nebenamt (Exekutive) wollen Sie bitte die gemeinsame Liste PGSP/SD Nr. 7 ebenfalls unverändert verwenden. Besten Dank.

Die rechte Überraschung

LYSS. Erstmals tritt bei den Gemeindewahlen vom 4. November eine Rechtspartei an: Die Jungen Schweizer Demokraten möchten ins Parlament einziehen, wie bei Listenschluss bekannt wurde.

Die Überraschung war gestern Nachmittag perfekt: Zu den bereits bekannten Parteilisten für die Lysser Gemeindewahlen gesellte sich nur zwei Stunden vor Ablauf der Eingabefrist ein weiterer Wahlvorschlag. Erstmals wollen die Jungen Schweizer Demokraten am 4. November ein Parteimitglied ins Gemeindeparlament wählen lassen: Martin Leuenberger heisst ihr ein-

ziger Kandidat. Die Jungen würden häufig die etablierte Politik kritisieren, sagt der 28-jährige Lastwagenchauffeur, «aber niemand will aktiv mitarbeiten». Deshalb habe sich die JSD entschlossen, «etwas zu unternehmen».

In Lyss möchte Leuenberger vor allem für die Belange der jungen Bevölkerung eintreten. Der rechte Politiker fordert ein Jugendhaus, Kindergartenplätze für alle und billigeren Wohnraum. Der Wahlkampf werde aber schwierig, sagt der Hornusser, da sich seine Partei im Aufbau befinde und nur wenig Geld zur Verfügung stehe.

Terrorismus, die Made im demokratischen Speck

Die Gewaltakte vom 11. September 2001 in Amerika haben erdbebenartig Schock, Trauer und Mitleid über unseren ganzen Planeten verbreitet. Es trifft vor allem die Vereinigten Staaten. Im Einzelnen wurden aber Bürger von über 60 Ländern (auch die beiden Schweizer Bürger) Opfer dieser unbegreiflichen Wahnsinnstat.

Nach den ersten Tagen der Schreckensstarre und der Notaktionen folgt die nüchterne Analyse der Ursachen und Hintergründe. Die resultierenden Erkenntnisse sind ein weiterer Schock, denn die Attentäter haben ihre Aktionen nur verwirklichen können, weil die Voraussetzungen dafür auf der Basis von Offenheit, Toleranz und Gastfreundlichkeit demokratischer Staaten aufgebaut werden konnte. Diese Leute erhielten Brot und Dach, freundliche finanzielle Unterstützung und die nötige Ausbildung als Asylanten und/oder Ausländer. Schamlos wurde die von den entsprechenden Staatsbürgern aufgebaute und finanzierte Infrastruktur genutzt und missbraucht. Ermuntert, ja praktisch eingeladen, von «integrationswütigen» einwanderungsfreundlichen Organisationen, Parteien und einzelnen Parteipolitikern. Ohne Differenzierung und Rücksicht auf die Einreisemotivation und den daraus resultierenden möglichen Risiken wurden in allen westlichen Ländern die Leute einfach so hereingelassen.

Wer kann Auskunft darüber geben, wie viele «Sleeper», also versteckte Terroristen, heute in der Schweiz leben? Wer kann beurteilen, ob ein kurzes Telefonat einen solchen «Sleeper» nicht veranlassen kann,

skrupellos ein minutiös geplantes Attentat auf einen Flughafen oder eine andere wichtige Gebäulichkeit zu unternehmen.

Es geht ganz sicher nicht darum, Ängste zu schüren. Das Risiko eines Szenarios wie es in Amerika abgelaufen ist, ist sehr gering. Es geht vielmehr darum, daraus zu lernen und die Grenzen gegenüber Ausländern nur noch selektiv zu öffnen. Illegalität von Ausländern oder Ausländergruppen ist konsequent zu verfolgen und das bestehende Recht durchzusetzen. Zum Beispiel sind auch Ausländern unsere grosszügige Infrastruktur und Ausbildungsmöglichkeiten zu entziehen, wenn sie gegen unseren Staat arbeiten. Mit anderen Worten müssen wir dafür sorgen, dass uns ein anderer Staat niemals den Vorwurf machen kann, wir hätten die Attentäter genährt und gebildet die in ihrem Lande tausende von Opfern auf dem Gewissen haben.

Es gilt ganz klar die Unterscheidung zwischen echt hilfsbedürftigen Ausländern und Ausländern die Wahlschweizer sind von Attentätern, Kriminellen und Schmarotzern zu machen. Die rechtlichen Werkzeuge sind gegeben. Es braucht aber noch den Willen eines jeden Mitbürgers, diese einzusetzen und die Folgen daraus zu akzeptieren und zu unterstützen. Jeder von uns ist aufgefordert, statt wegzuschauen endlich aktiv mitzumachen. Seit drei Jahrzehnten warnen die SD als einzige Partei konsequent vor den Folgen der Einwanderung – insbesondere wenn es sich um Leute aus uns völlig fremden Kulturen handelt. Wahltag ist Zahltag!

Roger Metzger, SD-Oberwil BL

«Wer für alles offen ist, kann nicht ganz dicht sein...»

unbekannt



Keine Solidarität mit der Solidaritätsstiftung

Votum von SD-Nationalrat Bernhard Hess vom 24. September 2001 zur «Stiftung solidarische Schweiz»:

«Die Schweizer Demokraten (SD) lehnen die «Stiftung solidarische Schweiz» aus währungs-, finanz-, sozial- und aussenpolitischen Argumenten entschieden ab.»

1. Währungspolitische Überlegungen

Die Währungs- und die Aktienmarktentwicklung nach den schrecklichen Terroranschlägen belegen eindrücklich, dass Gold in Krisenzeiten der einzige stabile Wert ist. Jede Bewirtschaftung von Währungsreserven oder auch eines Stiftungskapitals ist – gerade in weltpolitisch instabilen Zeiten – mit erheblichen Risiken verbunden. Somit gibt es keinen einzigen vernünftigen Grund, jetzt unsere Goldreserven auf dem Weltmarkt weiter zu verscherbeln und in eine unwürdige Solidaritätsstiftung zu investieren. Unser Goldbestand der Nationalbank soll weiterhin als Reserve für Notsituationen verwendet werden.

2. Finanzpolitische Überlegungen

Bei einem Schuldenberg von rund 100 Milliarden Franken beim Bund und bei jährlich anhaltenden Milliarden-Defiziten ist jede zusätzliche «Solidarität» nach aussen hin nicht zu verantworten. Die staatlichen und insbesondere die privaten Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Finanzhilfe an das IKRK, Sonderleistungen des Staates und der SNB im Rahmen der Weltbank und des Weltwährungsfonds, Flüchtlings- und Asylwesen lassen sich im internationalen Vergleich durchaus sehen.

3. Sozialpolitische Überlegungen

Studien haben ergeben, dass von den sieben Millionen Einwohnern der Schweiz über 580'000 unter der Armutsgrenze leben. Solidarität hat deshalb folgende Prioritätsstufen:

Solidarität mit dem «Nächsten», der Schweizerin und dem Schweizer; Solidarität auch mit wirklich armen Ausländern in der Schweiz; Solidarität mit Menschen im Ausland.

Diese Sicht der Dinge entspricht immer noch der gültigen Bundesverfassung. Eine zusätzliche Solidaritätsleistung der Schweiz gegenüber dem Ausland ist abzulehnen, auch wenn jetzt ein Drittel der Leistungen aus abstraktionsstrategischen Überlegungen im Inland verteilt werden soll.

4. Aussenpolitische Überlegungen

Am 5. März 1997 wurde die Schaffung einer «Stiftung für Solidarität» vom damaligen Bundespräsidenten unter dem Titel «Nachrichtenlose Vermögen. Erklärung des Bundesrates» angekündigt. Gleichentags erläuterte der Vorsteher des Finanzdepartements, Bundesrat Kaspar Villiger, an einer Pressekonferenz die Idee von Bundesrat und SNB, es sei ein Solidaritätswerk zu schaffen. Über die Gründe, weshalb man auf diese Idee gekommen sei, äusserte sich Bundesrat Villiger folgendermassen:

«Die Idee der Stiftung knüpft also am gegenwärtigen Problem an, schlägt aber einen grossen Bogen zu viel grundlegenden Problemen! **Wir geben aber gerne zu, dass die Idee ohne die aktuellen Umstände nicht geboren worden wäre.** Es sind also die **erpresserischen Drohungen ausländischer Organisationen, welche bei Bundesrat und Nationalbank diese Stiftungsidee auslösten.**

Nachdem die Reaktionen aus der Bevölkerung alles andere als positiv waren, krebste der Bundesrat vom «Druck- und Erpressungszusammenhang» zurück und erklärte scheinheilig und verlogen, die Stiftung habe überhaupt nichts mit dem Zweiten Weltkrieg und mit dem momentanen Druck ausländischer Kreise zu tun.

Die Mehrheit unseres Volkes und mit ihr die Schweizer Demokraten haben diese Doppelzüngigkeit des Bundesrates erkannt und wissen aus Erfahrung, dass ein Werk, welches auf Lug und Trug aufgebaut wird, nie von Erfolg und Segen begleitet ist.

Die Solidaritätsstiftung ist auch deshalb abzulehnen, weil sie auf einem katastrophalen Verhalten der

Landesregierung und der Bundesratsparteien beruht.

Statt sich auf der Ebene der Regierung zu den vorgebrachten Anschuldigungen klar und unmissverständlich zu äussern, hat sich der Bundesrat auf tiefem Niveau mit

mächtigen ausländischen Organisationen und einzelnen Exponenten eingelassen und fragwürdige Winkelzüge beschlossen, so auch diese aussenpolitische «Totgeburt» einer «Stiftung solidarische Schweiz».

Die Herbstsession aus SD-Sicht

Die Herbstsession des Nationalrates war geprägt durch die Terrorereignisse in den USA, den Amoklauf eines Irren im Zuger Parlament sowie den Swissairkonkurs. Sowohl der UNO-Beitritt wie auch die «Stiftung solidarische Schweiz» wurden durch die SD/Lega-Vertreter vehement bekämpft.

SD-Erfolg: Der Bundesrat will einen Vorstoss für mehr einheimische Musik am Radio in Postulatsform annehmen. Hingegen lehnt er leider die SD-Motion für ein Schweizer Armeemuseum in Thun ab.

Namens der SD hat Nationalrat Bernhard Hess folgende neue Vorstösse eingereicht:

Postulat Abschaffung der betriebseigenen Depositenkassen. Zwei Nachteile, die sich im Fall Swissair für die Angestellten beinahe verheerend ausgewirkt haben, sollen beseitigt werden: Erstens genießen die Arbeitnehmer – anders als bei Banksparkonten – keinen Einlegerschutz bei einem allfälligen Konkurs, zweitens unterliegt die Kasse keinen Anlagevorschriften.

Einfache Anfrage Sackbefehl Pfeffer-Schutzspray. Nachdem es nach Aarau und Payerne auch in Winterthur wiederum zu Schlägereien zwischen Ausländern und Schweizer Wehrmännern gekommen ist, ist es an der Zeit, Armeeingehörige künftig im Ausgang mit einem Protect plus Pfeffer-Schutzspray zum Selbstschutz auszurüsten.

Einfache Anfrage Keine Preisgabe des Schächtverbots. Mit grosser Sorge muss festgestellt werden, dass der Bund in seiner Vernehmlassung zur Revision des Tierschutzgesetzes das Schächtverbot, für welches uns Tierfreunde in aller Welt beneiden, aufheben will.

Einfache Anfrage Gewalttätiger und zwangsweise ausgeschaffter Asylbewerber erhält erneut Asyl. Wie konnte ein 1990 abgewiesener und ordentlich ausgeschaffter Asylbewerber bloss zwei Jahre später an einem anderen Ort in der Schweiz den Status als Flüchtling zuerkannt erhalten, zumal in den Akten auch das enorme Gewaltpotential des Türken Cemal G. dokumentiert gewesen sein muss?

Dringliche Interpellation Illegale Besetzung von Gotteshäusern durch «Papierlose».

Dringliche Interpellation Zunehmende Gewaltanwendung von Ausländern.

Für seine Frage **VBS und heimi-**

sche Tomatenvernichtung erhielt Bernhard Hess von der Redaktion der «Schweizer Illustrierten» den Kaktus der Woche. Hess wollte wissen, ob es stimmt, dass das VBS aus Kostengründen Tomatenpüree und Sugo neu in Italien bezieht und somit zynisch in Kauf nimmt, dass die heimischen Gemüseproduzenten einen Teil ihres Tomatenüberschusses vernichten müssen. Bundesrat Samuel Schmid bejahte diese Tatsache und führte an, dass italienische Sugo «besser schmecke»! Die Gemüseproduzenten im Seeland werden sich sicher bei ihrem SVP-Nachbarn in Rüti für diese Antwort bedanken. Die Ringier-Schweizer-Illustrierte fand übrigens, dass diese Frage überflüssig sei angesichts der vielen Fragen der Linken und Netten zum Thema «Sans papiers», welche auch infolge der Hessschen Frage nicht mehr beantwortet werden konnten. (Die Fragestunde dauert jeweils genau eine Stunde, die Frage Hess (SD) war nach 57 Minuten traktandiert.)

Nationalrat Bernhard Hess (SD)

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)
Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden
Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen
Hans Steffen, Fischenthal

Der Nationalrat hat am 19. September mit 153 zu 42 Stimmen die Volksinitiative für einen Beitritt zur UNO angenommen. FDP, CVP, SP und Grüne stimmten geschlossen für den Beitritt und wurden dabei durch acht (!) neutralitätsmüde SVP-Vertreter unterstützt. Dies sind André Bugnon (VD), Lisbeth Fehr (ZH), Brigitta Gadiant (GR), Ursula Haller (BE), Hansjörg Hassler (GR), Rudolf Joder (BE), Hanspeter Seiler (BE) sowie Ulrich Siegrist (AG). Merke: Einmal mehr ist auf die SVP auch in ganz zentralen politischen Fragen wie die Erhaltung der immerwährenden Neutralität kein Verlass.

UNO-Beitritt: Das Ende unserer Neutralität

(Votum von SD-Nationalrat Bernhard Hess anlässlich der UNO-Debatte vom 18./19. September) «Die UNO ergreift Partei und führt Kriege, was mangels eigener Streitkräfte allerdings die NATO bzw. Amerika besorgt. Gerade in Zeiten eines drohenden Krieges zwischen der «westlichen Wertegemeinschaft» und radikal-islamischen Staaten tut die Schweiz gut daran, sich wieder der immerwährenden Neutralität zu besinnen. Wenn der Bundesrat und das Parlament der politischen UNO beitreten wollen, dann handeln sie klar verfassungswidrig.

Artikel 173 der Bundesverfassung überträgt der Bundesversammlung als Erstes die Aufgabe, Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz zu treffen.

Artikel 185 überträgt dem Bundesrat genau dieselbe Pflicht. Dabei geht es um die «Neutralität der Schweiz», also keineswegs um einen anderen Neutralitätsbegriff, wie ihn andere Staaten für sich in Anspruch nehmen.

Die schweizerische Neutralität beruht auf vier Pfeilern: Sie ist **dauernd, bündnisfrei, bewaffnet und frei gewählt.**

Die schweizerische Neutralität ist keinesfalls ein Mythos, sondern gültiges Verfassungsrecht und eine zu erhaltende, gültige Staatsmaxime – und sie ist ein hervorragendes Sicherheitsinstrument.

Auch wenn wir die Neutralität sehr weit auslegen, verstehen wir darunter immer noch die militärische **Nichteinmischung** wenn sich fremde Staaten in kriegerischen Auseinandersetzungen gegenüberstellen.

Laut Artikel 43 der UNO-Charta verpflichten sich alle Mitglieder der Vereinten Nationen zu Sonderabkommen, um dem Sicherheitsrat und damit den Grossmächten Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, ihnen Beistand zu leisten und Erleichterungen einschliesslich des Durchmarschrechtes zu gewähren. So ist beim besten Willen nicht einsichtig, wie man eine solche Verpflichtung als übereinstimmend mit unserer immerwährenden, bündnisfreien, bewaffneten Neutralität erklären kann.

Ist die Hungerwaffe neutral?

Artikel 41 der UNO-Charta ermächtigt den Sicherheitsrat, die UNO-Mitglieder aufzufordern, die Wirtschaftsbeziehungen zu einzelnen Staaten ganz oder teilweise zu unterbrechen, ebenso den Eisenbahn-, See- und Luftverkehr sowie

die Post-, Telegraf- und Funkverbindungen sowie sonstige Verkehrsmöglichkeiten. Der Sicherheitsrat kann die UNO-Mitglieder auch auffordern, die diplomatischen Beziehungen zu andern Staaten abzubrechen. Alle diese Möglichkeiten sind mit der verfassungsmässig geforderten Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz nicht vereinbar.

Der Wirtschaftsboykott und damit der Einsatz der Hungerwaffe ist keineswegs humaner oder moralischer als Bombardierungen: Die Hungerwaffe erfordert von demjenigen Staat, der sie einsetzt, weder ein Risiko noch besondere Anstrengungen. **Sie trifft kaum je die schuldigen Despoten oder Diktatoren, sondern zuallererst die unschuldigen Ärmsten.**

Boykotte, Wirtschaftssanktionen und Hungerwaffe sind mit der schweizerischen Neutralität nicht vereinbar. Unser Land konnte bis vor einigen Jahren in den wirtschaftlichen Kontakten mit Krisenregionen das vernünftige Prinzip des «Courant normal»: Der Handelsaustausch mit «Problemländern» wurde nicht ausgebaut, sondern auf dem Stand der Zeit vor den internationalen Boykotten eingefroren; damit ist es der neutralen Schweiz gelungen, den Anschein des egoistischen Profiteurs zu vermeiden.

Handlanger der Grossmächte

Heute wird oft behauptet, die UNO gestalte das Völkerrecht und wir seien beim Abseitsstehen von dieser Mitgestaltung ausgeschlossen. Dazu ist zu bemerken, dass sich das Völkerrecht an souveräne Rechtsgemeinschaften wendet und durch das Zusammenwirken zwischen souveränen Gross- und Kleinstaaten geschaffen, ausgelegt und ausgeübt wird. Das für alle Länder gleichermaßen verbindliche Völkerrecht und das Recht gemäss UNO-Charta dürfen nun aber keineswegs gleichgesetzt werden.

Das UNO-Recht schafft für die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates – die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – Sonderrecht und setzt damit im Gegensatz zum klassischen Völkerrecht «Macht vor Recht». **Souverän im eigentlichen Sinne sind im Grunde nur noch die ständigen Mitglieds-länder des UNO-Sicherheitsrates und – die Nichtmitgliedstaaten der UNO!** Ein UNO-Beitritt der Schweiz bedeutete somit nichts anderes als die Unterwerfung unseres Kleinstaates unter Grossmächtsprivilegien.



Die Schweizer Fahne genügt!

Die UNO ist somit keineswegs eine Gemeinschaft gleichberechtigter Länder und Völker. Besonders problematisch erscheint auch die Art und Weise, wie diese Organisation ihre Macht militärisch durchsetzt. Die UNO will eine kollektive Sicherheit garantieren. Gegen ihrer ursprünglichen Absichtserklärung von 1945 hat sie aber bislang niemals eine eigene militärische Macht aufgestellt, die ihre Beschlüsse durchsetzen würde.

Die UNO ist bis heute ohnmächtig oder aber zur Durchsetzung ihrer Mandate auf die Streitkräfte der NATO angewiesen und hier wiederum in besonderem Masse auf diejenigen der Vereinigten Staaten. Alle Staaten, inklusive die USA, haben seit je nicht Krieg geführt, um dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen oder Schuldige zu bestrafen, sondern einzig und allein, weil sie glaubten, dass ihr Interesse es gebiete.

Schweiz macht sich mitschuldig

In der überwiegenden Mehrzahl

der UNO-Mitgliedländer werden jene heute hochgelobten Freiheits- und Menschenrechte, die wir als grundlegend für die menschliche Würde beurteilen, nach wie vor mit Füssen getreten. Wenn es jedoch gefährlich wurde, haben sich die UNO-Truppen unruhlich zurück gezogen.

- In Sierra Leone mussten gefangene Blauhelme durch englische Truppen befreit werden.
- In Ruanda zogen sich die Blauhelme zurück, um eine unvorstellbare, drei Monate dauernde Schlachtereie zuzulassen.
- Die Roten Khmer verübten einen Völkermord in Kambodscha; die Völkermörder sind noch immer unbehelligt.
- In Kabul wurden Frauen gesteinigt, und prompt evakuierte die UNO ihre Mitarbeiter.
- In Jugoslawien trugen die Vereinigten Nationen dazu bei, die Legitimität von Milosevic zu stützen.

Kurz, die UNO wusste Bescheid, die UNO schwieg, die UNO zog sich aus der Affäre. Wären wir damals als Mitglied dabei gewesen, wären wir heute mitschuldig. Natürlich will ich der UNO nicht die Schuld für alle Übel dieser Welt in die Schuhe schieben. Ich will ihre Aktivitäten aber auch nicht unkritisch idealisieren.

Ein Beitritt der Schweiz zur UNO ist abzulehnen, denn Freiheit, Sicherheit und Recht sind für unsere Bürgerinnen und Bürger ausserhalb der UNO besser aufgehoben.

Da hilft doch keine UNO-Konvention!

Ist doch absolut klar, Muslime erhalten hier alle Rechte; von anderen Leuten gar nicht zu reden... Gräber nach Mekka ausgerichtet, dazu die ewige Ruhe – uns gräbt man nach 20 bis 30 Jahren wieder aus – so wollen es die UNO-Menschenrechte. Unsere Neunmalklugen der Regierungsparteien und als Parteien agierenden Medien haben noch nie davon gehört, dass in vielen Ländern – trotz UNO-Rechten – nicht einmal ein Schmuckkreuzlein am Halse erlaubt ist. Eine Bibel kann total vergessen werden! Eine Kirche bauen? Unvorstellbar! Die Kinder christlich unterrichten, nur bei Lebensgefahr! In China etwa, das Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat hat und alle Konventionen

mit viel Tatarata unterzeichnet hat, ist die katholische Kirche verboten. Katholische Bischöfe schmachten seit über 30 Jahren in chinesischen Kerkern. Unsere neunmalklugen Idioten haben noch gar nie davon gehört, dass in dieser Welt in Sachen Menschenrechte und Humanität nur etwas Weniges erreicht werden kann, wenn stur und konkret im Gegenzug gehandelt wird. Also: Staat X bekommt die Hilfe für seine Region XY, wenn die Glaubensfreiheit auch wirklich umgesetzt wird. Und so weiter! Doch solche Händel können nur unabhängige und freie Staaten aushandeln zum Wohle der Ärmsten – da hilft kaum eine UNO-Konvention! *WS/SD TG*



Kanton Thurgau



Jetzt auf die Hinterfüsse!

Breite Meinungsäusserung und -bildung ist der Eckstein der Demokratie

Vieles hat sich auch im Thurgau geändert. Unsere Zeitungslandschaft ist ärmer geworden. Die meisten Orte haben nur noch eine Tageszeitungsmöglichkeit! Bestenfalls gibt es da und dort ein Regionalblatt, das vielleicht – je nachdem – zwei mal pro Woche erscheint. Das aber kann nie und

nimmer eine Tageszeitung ersetzen. Thurgauer Zeitung und Bodensee Zeitung (mit Mittelthurgauer Tagblatt) sind eigentliche Monopolzeitungen geworden. Monopolzeitungen können nicht mehr sagen, man könne ja eine andere Zeitung kaufen, wenn man nicht zufrieden sei...

"Das freie Wort"



Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 Aargau	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
 Baselland	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 Basel Stadt	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 Bern	Stadt Bern	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern
	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental	Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 - 922 79 29
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
 Luzern	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
 St. Gallen	Sektion St. Gallen und Umgebung	31. Oktober: Besichtigung der Hauptpost (statt Stamm im Dufour). Treffpunkt um 18.30 Uhr vor dem Restaurant Dufour, St. Gallen. Anmeldung bei SD, Postfach 36, 9003 St. Gallen oder Telefon 079 - 639 06 07 (nachmittags)
	Sektion Wil und Umgebung	Jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Rest. Fass in Wil.
 Zürich	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardeggen (beim Bahnhof), Regensdorf
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten
	Sektion Limmattal	Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren
	Sektion Uster	Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf
	Sektion Winterthur	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss
	Stadt Zürich	Höck am 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Krone, Schaffhauserstr. 1, Zürich-Unterstrass

Bundesverfassung § 16 verlangen!

In solchen Fällen müssen wir unbedingt dafür einstehen, dass die Bundesverfassung § 16 eingehalten wird. Dieser Artikel garantiert die «freie Meinungsäusserung und damit verbunden die freie Meinungsbildung». Das alleine kann der Eckstein einer gesunden Demokratie sein. Diese Zeitungen müssen also alle politischen Richtungen abdrucken, und zwar ohne Zensur! Dazu gehören gleich lange Spiesse für Pro und Kontra einer Vorlage. Ebenso gleichwertig und frei müssen Regierungsparteien und Oppositionsparteien zu Worte kommen – selbstverständlich ohne Zensur und Fremdeinwirkung! Nur so kann sich die Leserschaft eine breite Meinung bilden; genau das aber ist entscheidend für den gesunden Fortbestand unserer Demokratie, unseres Landes und unserer Freiheiten.

Redaktoren sind überhaupt nicht legitimiert!

Immer wieder sehen und erleben wir das gleiche Elend! Redaktoren machen Zensur, verpassen Maulkörbe, verändern Texte und unterdrücken ganze Volksgruppen und Volksteile. Diese gewaltige Schweinerei müssen wir in den kommenden Monaten dringend beseitigen. Die Ställe müssen ausgemistet werden! Wehe, wenn uns das nicht gelingt. Es ist doch ein absoluter Unsinn, wenn ein Chefredaktor jeden Tag seine Kommentare schreibt; wir fragen, sind diese Leute Übermenschen? Sind sie die Erlöser, die Wegbereiter der Menschheit? Warum sollen diese Schreiberlinge unsere Infokanäle für private Aussagen missbrauchen können, während dem sie z.B. uns Schweizer Demokraten totale Maulkörbe verpassen? Die TZ hat seit Juni einen neuen Chefredaktor (And. Netzle), der uns Schweizer

Jetzt auf die Hinterfüsse?

Fortsetzung von Seite 8

Demokraten seit Juni 2001 total boykottiert. Auch die Bodensee Zeitung (und Mittelthurgauer Tagblatt) boykottiert unsere Stellungnahmen und schreibt über uns (Red. Wunderlin), um uns schlecht zu machen. Was sind das für Demokraten? Und wo ist Fairness, Anstand und Würde geblieben?

Lassen wir uns das nicht gefallen!

Wir brauchen die breite Info! Wir wollen unsere Demokratie und unser Land erhalten; bitte stehen Sie ein für diese hohen Werte! Werden wir aktiv an allen Linien. Im Thurgau wollen wir Flugblätter verteilen und alle über diese Skandale informieren. Die Verlage könnten

ein gutes Geschäft machen, wenn sie eine Zeitung für alle machen würden; doch ihr Spatzenhirn lässt diese Erkenntnis offenbar nicht zu! Die Thurgauer Zeitung hat versucht, uns der Nötigung einzuklagen – dabei haben wir einzig demokratische Rechte und Spielregeln verlangt... Der Jurist stammt aus dem Anwaltskollektiv des SVP-SR Hermann Bürgi, Dussnang (Ogi-Linie) doch wir haben uns absolut korrekt verhalten und werden dies auch immer tun. Trotzdem lassen wir uns diese Missbräuche einfach nicht länger gefallen!

Schreiben Sie, telefonieren Sie, intervenieren Sie! Huber & Co. AG, Frauenfeld, wird geleitet von Hr. Lüdi – er ist der Mann, der alles in die richtigen Bahnen lenken könnte. – Warum tut er das nicht? Ist er kein Schweizer? Ist er ein Feind unseres Landes?

sende Assimilation ausländischer Zuwanderer hinzuarbeiten?

Kaum war die Interpellation deponiert, kam die 1. Vizepräsidentin des Gemeinderates zum SD-Vertreter und erklärte, dieser Vorstoss könne nicht entgegengenommen werden, denn so etwas sei «nicht zu verantworten». Als ob es Sache des Ratsbüros wäre, unsere SD-Vorstösse zu «verantworten»! Offensichtlich will der Zürcher Grossparteienfilz – SVP inklusive – mit allen Mitteln verhindern, dass öffentlich über die terroristische Gefahr diskutiert wird, der auch Zürich ausgesetzt ist. Dabei liegt auf der Hand, dass Zürich, eine der grössten Drehscheiben der Finanzwelt, islamistischen Fanatikern als wichtiger Teil des verhassten westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems erscheinen muss, dem sie den totalen Kampf angesagt haben. Die Präsenz einer grossen Zahl von Einwanderern aus islamischen Ländern erleichtert es zudem Terroristen, sich unauffällig zu bewegen. Zweifellos könnten sie auch auf eine nicht geringe Zahl von Sympathisanten zählen. Doch die hiesigen Machthaber wollen nicht zulassen, dass diese heikle Problematik öffentlich erörtert und dem Volk klaren Wein eingeschenkt wird. Dabei könnte ja zutage treten, wohin die Träumerei von einer «multikulturellen Gesellschaft» eben auch führen kann...

Beim Redaktionsschluss für diese Zeitungsausgabe ist das weitere Schicksal der Interpellation Blöchliger noch unklar. Falls das Büro des Gemeinderates sich weigert, den Vorstoss auf die Traktanden-

liste zu setzen, kann als erstes ein Entscheid des Ratsplenums verlangt werden. Sollte der Rat die Interpellation für unzulässig erklären, besteht die Möglichkeit einer Aufsichtsbeschwerde an den Bezirksrat. Man darf gespannt sein, mit welcher Begründung die Filzpolitiker die Interpellation abzuwürgen versuchen. Wir werden aber auf keinen Fall zulassen, dass unserem Gemeinderatsmitglied das parlamentarische Fragerecht willkürlich verweigert wird und eine öffentliche Diskussion über die gestellten Fragen erzwingen.

Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich

Kanton Zürich/Bezirk Dielsdorf**Kantonale
Geschworene
der SD gewählt**

Bei den Wahlen für die kantonalen Geschworenen vom 23. September 2001 wurden im Bezirk Dielsdorf (Gemeinde Regensdorf) erstmals zwei SD-Vorstandsmitglieder mit sehr guten Stimmenzahlen gewählt. Es sind dies Peter H. Kuhn (Pressechef) mit 1901 Stimmen und Hans Rudolf Metz (Präsident SD Bezirk Dielsdorf) mit 1757 Stimmen. Das absolute Mehr betrug dabei 917 Stimmen. Die höchst erreichte Stimmenzahl betrug 1940 Stimmen.

*SD-Bezirk Dielsdorf,
P. H. Kuhn, Pressechef*

**Gesetzesinterpretation:
einseitig gegen Schweizer**

Jene Türken welche den Holocaust an den Armeniern leugnen, bleiben straffrei. Ausländischen Messerhelden werden allerschwerste Straftaten nicht nur bedingt erlassen, sondern auch kaum Ausweisungen verfügt. Gegen Schweizer aber werden Gesetze streng gehandhabt. Am Postschalter – bei kleinen Barbezügen mit Postcard – werde ich stets ermahnt, mich nachidentifizieren zu lassen, als ob der nur mir zugeteilte, geheime Code nicht genüge. So verlange es das Geldwäschereigesetz. Völliger Leerlauf ist es, Millionen von Identitätskarten oder Reisepässe zu fotokopieren und zu archivieren. Ich bin seit 1918 immer wieder «identifiziert» worden, wobei zwei persönliche Dokumente sogar bundesrätliche Unterschriften tragen. Hier geht die Gesetzesauslegung zu weit!

Vor Jahren liess ich durch Gerichtsurteil den Mietvertrag mit ei-

ner drogensüchtigen Mieterin vorzeitig beenden. Statt der mir geschuldeten Miete erhielt ich einen Verlustschein, welcher den eher hoffnungslosen Anspruch rechtsgültig verbürgt. Auch dies genügt nicht mehr. Als Gläubiger braucht es nun noch (es sei gemäss Artikel 3 des Geldwäschereigesetzes) auch da eine persönlich zu erbringende oder notariell beurkundete Identitätsprüfung. «Grosse Tiere» finden in jedem Gesetz Schlupflöcher. Hier aber kämpft eine Ruth Metzler – wie einst Don Quijote gegen Windmühlen – gegen scheinbare Geldwäscher. Waffen-, Drogenhändler und Terroristen kommen nicht an den Postschalter und warten nicht jahrelang auf eine Mietzinszahlung. Ob bei Gesetzesberatungen jeweils an die kleinliche Auslegung harmlos daherkommender Paragraphen gedacht wird?

Robert Berner, Rheinfelden



Kanton Zürich

Arroganter Grossparteien-Filz

Nach den fürchterlichen Terrorakten von New York und Washington fragen sich viele Bürger(innen), ob auch unser Land und insbesondere der internationale Finanzplatz Zürich zum Ziel fanatisierter «Dschihad-Kämpfer» werden könnte. Gemeinderat Patrick Blöchliger (SD) hat deshalb am 26. September 2001, die folgende Interpellation eingereicht:

Im Zusammenhang mit den grässlichen Terrorakten, die – nach den bisher bekannt gewordenen Ermittlungsergebnissen – mit grösster Wahrscheinlichkeit von militanten Islamisten in den Vereinigten Staaten von Amerika verübt wurden, stellt sich die Frage, inwiefern von solchen Kreisen auch hierzulande eine Gefahr ausgeht.

Ich bitte den Stadtrat höflich um Beantwortung der folgenden Fragen:

**Herzliche Gratulation
zum 100. Geburtstag!**

Am 4. September konnte unser Mitglied **Rosa Gautschi** in Schlieren/ZH den 100. Geburtstag feiern. Zu diesem seltenen Fest gratulieren der Kantonalverband Zürich und die SD-Sektion des Bezirks Dietikon ganz herzlich. Wir wünschen der Jubilarin weiterhin gute Gesundheit und danken ihr für die unserer Partei während vielen Jahren erwiesene Treue!

*Schweizer Demokraten (SD)
des Kantons Zürich
und des Bezirks Dietikon*

1. Sind nach polizeilichen Erkenntnissen auch in Zürich Gruppen fanatischer Islamisten aktiv?
2. Wie kann der Gefahr begegnet werden, dass gewaltbereite Islamisten (wie in Deutschland geschehen) die Präsenz einer grossen Zahl von Immigranten aus islamischen Ländern ausnützen, um sich hier niederzulassen und ohne aufzufallen ihr Unwesen treiben zu können?
3. Wie schätzt der Stadtrat die Gefahr ein, dass radikale Islamisten muslimische Immigranten aufwiegen und entsprechende Taten – z.B. Aktionen gegen amerikanische und israelische Einrichtungen oder solche der hier beheimateten jüdischen Gemeinde – auslösen?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Gefahr, dass der internationale Finanzplatz Zürich von militanten Islamisten als bedeutender Teil des verhassten westlichen Systems – sozusagen als «mittelgrosser Satan» – betrachtet und als Ziel terroristischer Akte auserwählt wird?
5. Besteht ein Inventar von Objekten, welche diesbezüglich besonders gefährdet sind?
6. Reichen die Stärke und die spezifische Ausbildung der hiesigen Sicherheitskräfte aus, um diese Objekte einigermassen zuverlässig zu schützen?
7. Sind bereits Massnahmen getroffen worden, um den Schutz gefährdeter Objekte zu verbessern, oder sind solche in naher Zukunft vorgesehen?
8. Gibt die Erfahrung, wozu islamistische Fanatiker fähig sind, nicht auch Anlass, das Konzept einer «multikulturellen Gesellschaft» zu überdenken und stattdessen vermehrt auf eine umfas-

Halloween – ein harmloses Fest?

Bis vor wenigen Jahren war Halloween ein in der Schweiz unbekanntes Fest. Eingeführt wurde es mit einigem Pressewirbel, wobei vermutlich ein paar cleverere Kürbis-Pflanzer die Hand im Spiel hatten. So wurden letztes Jahr 10'000 Tonnen Kürbisse verkauft; was eine Steigerung um das 19-fache innert 10 Jahren brachte. So pilgern jeden Oktober Tausende auf eine Kürbisfarm in Seegraben im Zürcher Oberland, um sich mit diesen Früchten einzudecken.

Herkunft

Der Brauch wurde aus den USA eingeführt. Die ursprüngliche Wortbedeutung lautet: «All Hallows Day» (Allerheiligen). Allerheiligen wird am 1. November hauptsächlich von der katholischen Kirche zur Erinnerung an die ersten christlichen Märtyrer gefeiert, Halloween in der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November.

Ursprung

Dieser liegt allerdings mehr als 2000 Jahre zurück. Es waren die Kelten, die um diese Jahreszeit ihren Totengott Samhein mit einem Fest feierten. Sie glaubten, dass am Abend dieses Fests die Geister aus dem Jenseits zurückkehren würden, um die Lebenden zu besuchen. Um diese Geister zu befriedigen, zogen die keltischen Priester (Druiden) von Haus zu



Haus und verlangten Opfergaben für ihren Gott – manchmal waren dies sogar menschliche Opfer. Wer sich weigerte, wurde mit einem Todesfluch belegt.

Heutzutage verkleiden sich Gross und Klein als Gespenster, Mumien, Hexen und Dämonen. So aufgemacht ziehen sie von Haus zu Haus und rufen den Bewohnern zu: «Trick or Treat» (Fluch oder Geschenk) und erhalten Süßigkeiten oder Münzen geschenkt.

Der 31. Oktober – ein okkultes Datum

Dieser Tag ist gleichzeitig der Neujahrstag im Hexenkalender und damit einer der vier wichtigsten Hexensabbate. In den USA, Australien und anderen Staaten mit Satanskirchen werden in der Nacht auf Allerheiligen auch heute Blutopfer dargebracht. In einzelnen Fällen sei es sogar zu Menschenopfern gekommen. Die Tatsache, dass der Halloween auf einen Hexensabbat fällt macht deutlich, dass

eine Verbindung zum Okkultismus besteht.

Die Idee des Kürbislichts

Sie entspringt einem Märchen, das von einem «Jack» erzählt, welcher sowohl aus dem Himmel wie auch aus der Hölle weggejagt wurde. Auf die Erde zurückgekehrt muss er als Geist umherirren. Damit er seinen Weg in der Nacht findet, legt er eine glühende Kohle in eine ausgehöhlte Rübe und trägt diese als Lichtspender vor sich her. Dieser Vorläufer des Kürbis stellt eine verdammte Seele dar.

Auf ihrem nächtlichen Bettelgang trugen die Druiden einen ausgehöhlten Kürbis, in den die Züge eines menschlichen Gesichts eingekerbt waren. Das Licht im Innern des Kürbis wurde von einer Kerze aus dem Fett früherer Menschenopfer erzeugt. Der Kürbis stellte einen zurückgekehrten Geist dar, welcher die Verwünschungen der Priester überbrachte.

Die Druiden verkleideten sich mit Kostümen und Tiermasken, wobei sie glaubten, sie könnten sich dadurch die Kraft der dargestellten Tiere aneignen.

Tiefes heidnisches Altertum in einer aufgeklärten Welt?

Halloween ist offensichtlich nicht einfach nur ein gruseliges aber lustiges Verkleidungsspiel, sondern hat seinen Ursprung in einem gefährlichen, heidnischen Brauchtum. Gerade im christlich-abendländischen Kulturbereich sollte das Bewusstsein vorhanden sein, dass Kinder und Jugendliche am Halloween mit finsternen, okkulten Ritualen spielen und unter Umständen in den Einflussbereich dunkler Geistesmächte geraten. Der hier dargestellte geschichtliche Rückblick mag Eltern und Kindern die Augen dafür öffnen, dass Halloween kein harmloses Fest ist.

Hans Steffen, a. Nationalrat, Fischenthal

«Schweizer Demokrat» deckt auf: Vor 12 Jahren ausgewiesen

Nach einem Polizeieinsatz vom 3. Juli 2001 ist in Bern Cemal G. gestorben. Seither wird die Schuldfrage untersucht. Was nicht bekannt war: C. G. war vor zwölf Jahren Asylbewerber in Galgenen und ist zwangsweise ausgeschafft worden.

Am 3. Juli ist eine Sondereinheit der Berner Polizei ins Stadtquartier Bethlehem zu einem massiven Familienstreit aufgeboten worden. Der türkische Familienvater Cemal G. hatte seine Frau und die drei Kinder mit einem Hammer und einem Messer bedroht. Zum Streit war es gekommen, weil er seiner Tochter die unbegleitete Teilnahme an einer Schulschlussfeier verbieten wollte. Die Spezialeinheit Stern befreite die Frau und die Kinder, versuchte es vorbildlich mit Gesprächen, dann mit Pfefferspray, zum Schluss mit einer Schockgranate und Tränengas. Erst mit Schlagstöcken konnte der renitente Mann überwältigt werden. Drei Tage nach der Aktion ist Cemal G. leider im Spital gestorben. Gemäss Angaben der Untersuchungsrichterbehörden könne dies wohl mit der Intervention etwas zu tun gehabt haben, nicht aber mit der polizeilich korrekt angewandten Gewalt. Die Obduktion ergab, dass C. G. psychisch schwer angeschlagen war und an einer schweren Hirnschädigung und an einem Herz-Kreislauf-Stillstand gestorben ist. Cemal G. ist von den Behörden seit 1992 als Flüchtling anerkannt gewesen. Interessant ist

aber gleichzeitig, dass C. G. bereits eine Vorgeschichte aus dem Kanton Schwyz hat. Er war seinerzeit als Asylbewerber zugewiesen worden und 1989/90 in Galgenen stationiert.

Er hat damals in einem Industriebetrieb in Lachen gearbeitet. Sein Asylgesuch ist schliesslich abgewiesen worden, sodass Cemal G. mit Polizeigewalt zwangsweise ausgeschafft werden musste. Die lokalen Behörden hatten mit dem Asylbewerber dabei sehr massive Probleme. Insbesondere hat er Behördenvertreter bedroht und auch tätlich angegriffen. Ebenso habe er, der mit der Ausschaffung beauftragten Polizei, erhebliche Probleme verursacht.

Im Zusammenhang mit dieser Vorgeschichte stellt Bernhard Hess dem Bundesrat folgende Fragen:

1. Wie konnte ein 1990 abgewiesener und ordentlich ausgeschaffter Asylbewerber bloss zwei Jahre später an einem anderen Ort in der Schweiz den Status als Flüchtling zuerkannt erhalten, zumal in den Akten auch das enorme Gewaltpotential dokumentiert gewesen sein musste?
2. Handelt es sich hier um einen Einzelfall oder muss davon ausgegangen werden, dass die Behörden auch in anderen Fällen geschluppt haben?
3. Wie will die Landesregierung solch krasse Fälle künftig verhindern?

... die Hölle auf Erden... (Skinhead-Szene wächst)

Wurden je die Anliegen von jungen Glotzköpfen hinterfragt oder auch nur diskutiert wie jene der Alternativen und Chaoten? Im Gegensatz zu linken und alternativen Gruppen, die in Redaktionen, Studios und Ratsälen ein- und ausgehen und ihre teils haarsträubenden Thesen darlegen können, werden diese jungen Menschen und Mitbürger, aber auch die Oppositionsparteien nach Strich und Faden ausgegrenzt – nicht zuletzt deshalb, weil heute eben jene linken und alternativen Herrschaften bereits das Steuer ergriffen haben... Diese kurzsichtige, antidemokratische Parteinahme und schwerwiegende Manipulation der öffentlichen Meinung, vor allem aber der Info-Kanäle für die Menschen, gleicht einem kochenden Topf, auf den der Deckel gepresst wird. Der Druck muss steigen! Jene die von der bürgerlich-demokratischen Seite her mitmischen und in irgend einer Weise zu profitieren hoffen, laden schwerste Verantwortung auf sich!

Es ist ein Wunder, dass in unserem Lande, bei derart deprimierenden Vorkommnissen, die Gewalt noch nicht Überhand bekommen hat. Wahrlich ein grosses Wunder! Dieses Wunder kann aber morgen schon zu Ende sein. Dann aber wird das grosse Wehklagen einsetzen. Heuchler und Profiteure werden die schönsten Grabreden halten. Warum aber haben wir Schweizer von Jugoslawien nichts gelernt? Oder von den Unterdrückungen im damaligen Ostblock? Ist es nicht ganz normal, dass selbst teils fragwürdigste Skinhead-Gruppen Zulauf von frustrierten jungen Schweizern erhalten, bei derartigen Zuständen? Es gibt Schulklassen mit noch zwei Schweizer Kindern, und viele Kinder dieses Landes haben in ihrer Schule eine Hölle auf Erden; ganz abgesehen von der Tatsache, dass sie wegen zu vieler nicht lernwilliger Ausländer später und sehr bald schon bei der Berufswahl total benachteiligt sind... *SD Thurgau / WS*

Die Finanzherrschaft und der militärisch-industrielle Komplex

Fortsetzung und Schluss aus SD 7/8 und 9

Generelle Betrachtung der EU und der UNO

Aufzeichnung eines öffentlichen Vortrages von Frau Doris Auerbach, Bettingen, bei den SD Reinach am 15. Februar 2001

«Isolierte Schweiz»: ein schlechter Witz

Es wird den Schweizern fortwährend suggeriert, sie seien isoliert. Ich sehe das als reines brainwashing. Die grössten Wirtschaftszweige sowie die Banken haben alle ein Standbein ausserhalb ihres Landes, wodurch sie für meine Begriffe natürlich insgesamt auch durch die USA erpressbarer werden. Adolf Ogi forderte im vergangenen Jahr in seiner Ansprache zum 1. August das Land auf, nicht mehr überall abseits zu stehen und die Erfahrungen der Schweiz in der Welt und in Europa einzubringen. Was Altbundesrat Ogi hier ganz locker übersieht, ist, dass auf dem Gebiet der Weltpolitik nirgendwo etwas einzubringen ist, da der alles beherrschende Akteur, die USA, auch die EU völlig in der Hand hat. Man kann den Faden hier noch weiterspinnen, indem man anführt, dass selbst ein Teil der asiatischen Länder durch ihre Gebundenheit an den IWF als direkt oder indirekt in die Hand der USA gegeben zu betrachten sind. Es wird gebetsmühlenartig wiederholt, dass die Schweiz nur mittels einer Teilnahme am Entscheidungsprozess der EU in der Lage sei, wirksamer als bisher die Ziele ihrer Aussenpolitik zu verfolgen. Nochmals: Das ist nicht wahr, die Schweiz ist zu klein, als dass sie sich gegen die Hintergrundmachtspolitik in der EU, gegen den Einfluss der USA oder das Lobbying in Brüssel, für das lt. der holländischen Europaabgeordneten Metten jährlich fast 2 Mrd. DM ausgegeben werden – wirklich zur Wehr setzen könnte. Sie müsste ihre kostbarsten demokratischen Einrichtungen, um die sie gerade die Deutschen beneiden, aufgeben.

Chancen und Dynamik die ins Unglück führen

Auch im «Aussenpolitischen Bericht 2000» heisst es, dass der Beitritt zur EU neue Chancen und Dynamik, mehr Einflussnahme, mehr Mitgestaltung und damit einen Souveränitätsgewinn bedeute. Dem halte ich entgegen, dass sich kein abgetretenes Souveränitätsrecht zurückgewinnen lässt. Den ausschlaggebenden Einfluss in der EU haben nun einmal Wirtschaft und Finanz. Die Megafusionen von Industriezweigen und Banken sprechen eine deutliche Sprache, nämlich unbegrenzter Machtzuwachs und Interessenpolitik. Das ermöglicht ihnen, sich weitgehend der Kontrolle durch den Staat zu entziehen, dies umso leichter, je grösser der Souveränitätsverlust der einzelnen EU-Länder ist. Schliesslich ist es für sie einfacher, mit einem einzelnen EU-Kommissar oder Minister zu verhandeln, als mit mehreren EU-Regierungen. Erschreckend ist für mich auch die Insistenz, mit der ständig auf dem Thema Sicherheit beharrt wird. Im zitierten Bericht heisst es u.a., dass die Schweiz «ihre Sicherheit nicht im Alleingang garantieren könne, sondern dafür auf die Zusammenarbeit mit anderen angewiesen sei». **Seit wann?** Sie kann diese sehr

wohl selbständig garantieren, die propagierte «Sicherheit durch Kooperation», das neue Leitmotiv, ist in meinen Augen völlig deplaziert. Ferner kann man hier ganz lapidar anfügen: Kein EU-Staat hätte irgendeine Sicherheit, sollte je der im Prinzip unwahrscheinliche Fall eines Angriffs der USA auf unserem Kontinent erfolgen, schon gar nicht, wenn man das US-Waffenarsenal betrachtet. Hinter der Massenausrüstung, wie sie seit Jahren verfolgt wird, sehe ich eine Unzahl pathologischer Gehirne, die es einmal grundsätzlich auszuschalten gälte, wenn wir halbwegs friedlich auf unserem Globus existieren wollen.

Eine neutrale und souveräne Schweiz: neue Hoffnung für die Unions-Bürger

Wenn sich nun die Schweiz auf Grund ihrer einzigartigen Möglichkeit, Regierentscheide kraft des Referendums mitzugestalten, dem Diktat der EU nicht unterwerfen will, so hätten die anderen EU-Länder insofern einen starken Hoffnungsschimmer, als es noch eine freie Bastion gäbe, deren Bürger die Mitbestimmung nicht abgegeben haben und ihre Regierung somit kontrollieren können. Dieser Fakt wird nur zu gerne aus dem Bewusstsein verdrängt und, wie ich das sehe, durch eine einseitige Beeinflussung der Presse untergraben und nicht mehr am Leben erhalten. So war ein Thema der Gruppe «Neue Europäische Bewegung Schweiz» die Frage, ob die direkte Demokratie ein «Stolperstein oder doch eine Chance auf dem Weg nach Europa sei». Man braucht hier nicht lange herumzustolpern: Keins von beiden, da diese in der EU schlichtweg nicht existiert und auch nicht die geringste Absicht besteht, eine solche zu erlauben. Denn sie würde die Macht der Wirtschaft und Finanz über Nacht unterhöhlen. Wer immer behauptet, dass die direkte Demokratie nach einem EU-Beitritt bestehen bleibt, sagt nicht die Wahrheit. Sie kann zwar auf dem Gebiet rein kommunaler Entscheidungen noch ins Gewicht fallen, aber alles, was die grossen politischen Richtlinien der EU bestimmt, wird von der Kommission im Alleingang geregelt. Gemäss Astrid Epiney, Professorin für Europarecht an der Uni Fribourg, bleibt der Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in Schweizer Gesetze gross genug, um hinsichtlich des Referendums alles so zu belassen wie heute. Sie werden sehen, das «alles» stimmt einfach nicht, denn sie fährt fort und sagt: Bezüglich der Initiativen allerdings besteht die Einschränkung, dass die Schweizer Stimmberechtigten keine Initiativen mit gemeinschaftswidrigem Inhalt annehmen dürfen. Sie erläutert hierzu, dass eine Initiative wie die «18-Prozent-Initiative» unter letzterem Gesichtspunkt ungültig wäre. Damit dürfte für jeden die Aussage, es bliebe alles beim alten, glasklar widerlegt sein.

Die grosse Ungewissheit

Man muss sich einmal vergegenwärtigen, wie die Interdependenz der Staa-

ten funktioniert. Kurz skizziert sieht das folgendermassen aus: Die Hegemonialmacht USA hat zur Zeit kein wirkliches Gegengewicht. Selbst wenn Russland und China auf dem Gebiet der Bewaffnung weiterhin zusammenarbeiten sollten, entstünde vorerst kein der USA gefährlich werdendes Potential. Auch dann noch nicht, wenn China und Russland den Iran aufrüsten, da dieser wirtschaftlich gesehen noch zu stark in die Abnehmerinteressen des Westens eingebunden ist. Durch den IWF sind Länder wie Pakistan, Indonesien, Südkorea, Mittel- und Südamerika von Krediten abhängig. Afrika wird so lange nicht gefährlich, so lange die dortige korrupte Oberschicht eine echte Demokratie verhindert, dies oft genug im Verbund mit den Grossmächten. Und das heutige Südafrika hat zu sehr die westlichen Investitionen und Weiterentwicklung des Landes im Auge, als dass es einen Bedrohungsfaktor darstellen könnte. Bleibt als einzige grosse Ungewissheit die Entwicklung des Islams und ein von diesem ausgehender, eventuell gegen den Westen gerichteter Terrorismus.

Volksdemokratie Schweiz:

Eine Vorbildfunktion für freiheitsliebende Völker

Aus dem Dargelegten geht hervor, dass sich zwar diejenigen Stimmen in der EU mehren, die den dort gegebenen Mangel an Demokratie und die schlechende Eingrenzung der Bürger brandmarken, dass sich aber die Regierungen in eiskalter Arroganz darüber hinwegsetzen. Erhält sich die Schweiz ihre Freiheit und ihr Nichteingebundensein, ergäbe sich aus meiner Sicht hieraus aber auch eine ethische Forderung. Diese würde bedingen, dass eine unabhängige Schweiz begännen, sich, was ihre eigenen wirtschaftlichen Entscheide betrifft, vermehrt dafür einzusetzen,

dass hierbei die Menschenrechte geachtet werden. Das hiesse zum Beispiel, dass sie in Zukunft nicht länger an Projekten partizipiert, die zum Schaden der einheimischen Bevölkerung vorangetrieben werden. Ich denke hier vor allem an Projekte wie die Staudämme in der Türkei und in Indien, die die Menschenrechte geradezu hinwegspülen. Somit dürfte auch keine Exportrisikogarantie für solche Projekte mehr erteilt werden. Die Schweiz könnte dadurch für die EU absolut zum Vorbild werden. Spätestens jetzt wird jeder mit dem Gegenargument des Arbeitsplatzverlustes auftreten. Hier hätte ich zwei Gesichtspunkte: Zum einen muss man um der Ethik willen auch einmal einen Schritt vollziehen können, der Nachteile bringt. Im übrigen haben sich viele europäische Firmen aus ethischen Erwägungen heraus aus beiden Staudammprojekten zurückgezogen. Zum anderen lassen sich momentane Arbeitsplatzverluste durchaus auffangen, wenn der Staat gewillt ist, zu haushalten, die Währung stabil und die Teuerung tief zu halten. Ein ausgewogener Staatshaushalt kann einen Geschäftsverlust durchaus überbrücken helfen.

Abwarten ist die beste Empfehlung

Abschliessend möchte ich folgendes sagen: Bei dem Trommelfeuer, das von allen Seiten auf die Bürger einwirkt und uns die EU und die UNO in den schönsten Farben präsentiert, kann man nur die Schattenseiten derselben scharf herausarbeiten, damit der Anreiz dazu entsteht, solange gezielte Mundpropaganda gegen einen Beitritt zu diesen Institutionen zu machen, solange sich diese nicht grundlegend gewandelt haben.

Das Copyright des Vortrages liegt bei: «Schweizer Demokraten Reinach (BL) und Umgebung», Postfach 110, CH-4153 Reinach 2

«nie wieder»

Charly Pichler, ein sehr geschätzter und bekannter Journalist im Oberthurgau, schliesst seinen für viele Eltern traumatischen Bericht «Wenn Kinder oder Jugendliche gegen die eigenen Eltern antreten, dann liegt alle Macht beim Kind und der Behörde...!» mit der lakonischen Bemerkung ab: «Wenn irgendwo eine Gesetzesrevision nötig ist, dann hier.» Damit haben wir Schweizer Demokraten etwas Mühe. Wir hatten vor einiger Zeit gegen die Zeichnung der UNO-Konvention zum Schutze des Kindes aufgerufen. Wir hatten gewarnt vor solchen Entwicklungen und der jetzt von Herrn Pichler geschilderten Lage. (Zumeist linke) Sozialarbeiter, Anwälte und «Freunde der Kinder» würden die Familie mit dieser UNO-Konvention noch mehr auseinander trei-

ben, noch mehr schädigen und entfremden, anstatt zusammenzuführen und zu kitzeln. Die UNO-Konvention sei ein Relikt aus internationalistischen «Restbeständen» und für die Schweiz eine total unwürdige Sache! Nein, wir hatten keine Chance, wir durften nicht einmal richtig informieren. Die (politisierenden) Redaktoren der Tageszeitungen wussten es besser! Besser wussten es auch alle Regierungsparteien inklusive die angeblich christliche CVP, EVP oder CSP. Darum, Herr Redaktor Pichler, kann nur ein einziger Rat in dieser Sache richtig sein: «Wählen Sie, liebe Eltern, solche Parteien nie wieder» und sagen Sie aus Überzeugung NEIN zu dieser UNO-Leerlauforganisation!

SD Thurgau



Swissair: Mut zum Aufbruch?

Ich empfehle unseren Deregulieren und Globalisierern und insbesondere den Autoren des Weissbuchs «Mut zum Aufbruch» wenigstens für den Schaden gerade zu stehen, den sie durch ihre Politik direkt verursacht haben. Es mussten unter den grössenwahnsinnigen Projekten des Neoliberalismus schon genügend unbescholtene KMU-Vertreter leiden – ihnen ist niemand beigestanden. Sie haben stillschweigend ihr Schicksal getragen. Ich bin auch der Ansicht, dass die Verantwortlichen die Swissair

retten müssen – aber nicht indem sie über unsere Steuergelder AHV-Rentner und Working-Poor an den Kosten beteiligen. Ich empfehle Ihnen, sehr geehrter Herr Bremi, die 50 Millionen Franken, welche Sie und Ihre Globalisierungsfreunde in den Think-Tank (Zukunft Schweiz) investieren wollten, besser der Swissair zu verschenken – die kann das Geld brauchen. Als KMU-Vertreter kann ich selbst denken. Was mir dabei in den Sinn gekommen ist, können Sie unter www.kleptokratie.org gerne nachlesen. Ich bin mir sicher, dass wir an einem Punkt angekommen sind, an dem Sie zum «Mut zum Abbruch» aufrufen müssten. Der Neoliberalismus war der Weg definitiv nicht. Sobald Sie abgebrochen haben, helfe ich Ihnen gerne, mit den richtigen politischen und wirtschaftlichen Landkarten zu analysieren, wo wir neue Wege für die Zukunft finden können. Einen weiteren Blindflug wie denjenigen mit der Swissair sollten wir unserem Land nicht zumuten – und unsere heutigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Landkarten taugen ganz einfach nicht.

Ivo Muri, Sursee

Nie wieder Krieg

Nach der unglaublichen Katastrophe vom 11. September ist die Trauer weltweit. Wie konnte dies passieren, da doch bereits Wochen zuvor Warnungen zirkulierten? Was haben Ihre 40'000 CIA-Agenten unternommen, um sie zu verhindern? Ist dieses Versagen nicht auch ein Teil der Verantwortung des Präsidenten der USA? Und ist das Ganze nicht auch als Teil der anhaltenden Wut und Drohungen der USA gegen noch ungenannte unabhängige Nationen mit Millionen von Einwohnern zu sehen? Werden deren Kummer und Schmerzen geringer sein als die derjenigen, die jetzt in New York und Washington starben? Könnte dieser Terroranschlag nicht als eine Warnung verstanden werden, dass der grössere Teil der Menschheit gegen die Globalisierung ist, die die Reichen reicher macht und die Armen ohne Recht auf Nahrung, Wasser, Unterkunft und medizinische Versorgung

zurücklässt? Hitler wollte ein 1000-jähriges Reich errichten, und Sie trachten mittels militärischer Macht, UNO, WTO, NATO usw. nach der Weltherrschaft! Bedenken Sie, dass Sie eine Verantwortung gegenüber der Menschheit und gegenüber Gott haben. Macht und Geld dürfen nicht missbraucht werden. Welche höhere Gewalt gab Mr. Clinton und jetzt Ihnen das Recht, zu bestimmen, welche Nationen als «Schurkenstaaten» zu bezeichnen sind? Bewirkte die Bombardierung Jugoslawiens, die Brücken und Häuser zerstörte, Tausende tötete und Aufstand und Rache schürte, die Eliminierung von Milosevic? Nein, dringend benötigtes Geld bewirkte dies, nicht Ihre Bomben! Darüber hinaus ist zu sagen, dass kein aufrechter Bürger Europas diese Bombardierung, die Ihre Nation diktierte, jemals gewünscht hat.

Alberto Bauer, Basel

Israel plant Schutzgürtel auf dem Boden der besetzten Westbank

Israels zerbrecherische Militärs wollen nach dem übel bewährten Rezept des Südlibanon neue Schutzzonen einrichten. Selbstredend nicht auf den zahllosen illegal errichteten jüdischen Siedlungen, sondern in Gebieten der Palästinenser, die bis vor wenigen Jahrzehnten immerhin rechtmässige Inhaber des Landes waren und in

der Nazizeit trotz der Kanonaden englischer Uferbefestigungen ungezählte jüdische Bootspeoples bei sich aufnahmen. Die Verwirklichung solch neuer israelischer Gewaltakte hätten neue Vergewaltigung und Versklavung der ohnehin verzweifelten Palästinenser zur Folge. Darum rufe ich alle noch kritisch Gebliebenen zu energischem Widerstand wider den israelischen Staatsterror auf.

Das rieche Antijüdisch? Die heutige Führung «Israels» hörte aber längst auf, jüdisch zu empfinden und zu handeln. Vom Judentum wussten noch etwas die östlichen Chassidim, man denke an den Milchmann Tewje, der gütig und fromm war, und wie konnter er lachen, notfalls über sich selbst! Thorajuden waren auch die ersten Kibbuzniks, wogegen der Staat Israel sich trotz Gottes zehn Geboten rauben und morden zu dürfen. Zugegeben: Derartige Antimoral haben die Juden nicht aus sich selbst, sie wurde ihnen durch die Mörderbanden des Braunauer Brüllaffen eingeprengelt. Leider lernten sie die Lektion nur zu be-

reitwillig-internalisierter Hitler eben. So wussten sie nach den mohamedanischen Verzweiflungsmorden vergangener Woche nichts Gescheiteres zu tun als ihrerseits mit ihren Panzern weitere fremde Gebiete zu besetzen, Häuser niederzuwalzen und Menschen, mit Vorliebe Kinder, abzuknallen, wie sie es mit Rabin taten, weil der dem Recht einige Geltung zu verschaffen versuchte. «Liquidieren» heisst das nach heutigem israelischen Nazislang. Hier stösst Moritz Leuenbergers Toleranzempfehlung an ihre Grenzen: Terror bleibt Terror, auch weil sie über jüdische Vorfahren und heute über haufenweise Geld und Atomwaffen verfügen.

G. Lauterburg, Pfarrer, i.R., Bern

Kirchen für UNO-Beitritt

Im Tagesanzeiger vom 4. September 2001 empfahlen die Kirchen einen UNO-Beitritt der Schweiz. Man muss sich wirklich fragen, ob sich die Kirche überall und zu

jedem Thema einmischen muss? Es wäre Zeit, dass sich die Kirchen auf ihre eigentlichen Aufgaben besinnen würden.

Kurt Koller, Lichtensteig

Betrachtungen zum Fussballländerspiel Schweiz – Jugoslawien

Als ich am Samstag, 1. September um 16.52 ab Luzern Richtung Basel fuhr, um das WM-Ausscheidungsspiel Schweiz – Jugoslawien anzuschauen, dachte ich, dass es möglich sei, in Frieden ein Fussballfest anzuschauen. Stattdessen erlebte ich, wie undankbar die jugoslawischen Fans waren. Angefangen hatte es schon vor dem Spiel mit Provokationen wie bei der Nationalhymne der Schweizer. Da wurden wir von den jugoslawischen Fans ausgepöflet im Gegensatz zu den Schweizern, die sich anständig und ruhig verhielten. Man muss sich fragen, wo bleibt hier der Anstand dieser Fans? Dafür, dass wir Schweizer diesem Land schon so viel geholfen haben.

Leider ging es dann weiter mit dem Betreten des Spielfeldes während des Spiels und anderer Gewalt. Als wir Schweizer Fans auf das Tram warteten, wurden wir mit ordinären Handgriffen, als Schafseckel bezeichnet. Als endlich das Tram kam und Richtung Bahnhof fuhr, wurden wir mit Steinen beworfen. Beim Aeschenplatz wurden wir als Drecks-Schweizer beschimpft. All das mussten wir uns gefallen lassen. Im eigenen Land so beschimpft zu werden, stimmt einen nachdenklich. Dank der Schweizer Disziplin artete dieses Fussballfest nicht noch mehr aus, wenig fehlte, und es hätte Tote gegeben. Müssen wir uns noch mehr gefallen lassen?

Bruno Nauer, Kriens

«Bereicherung» in allen Sparten...

Selbst die Gefahr hin, angepöbelt zu werden, wage ich diesen Titel und begründe wir folgt. Sicher gibt es Hunderte von anderen Beispielen: Ein alter, absolut seriöser und anständiger Freund betreibt eine kleinere Garage (zwei Mitarbeiter). Immer wieder bringt er mir Beispiele, wie Berufskollegen aus anderen Ländern, die in der Schweiz einen Einmann-Betrieb unterhalten, betrügen und alles tun, was «Gott verboten hat»!

Angefangen von den Arbeitszeiten bis hin zur Sonntagsarbeit, fragwürdige und verbotene Ent-

sorgungen aller Art bis hin zum raffinierten Versicherungsbetrug. Er ist überzeugt, dass viele Versicherungen und amtliche Einrichtungen konstant «aufs Kreuz gelegt werden», und er kann es beweisen!

Ich kenne viele Schweizer Garagisten, aber keinen einzigen, der solchen Betrug machen würde. Mag sein, dass auch dieser Zustand ändern wird und der eine oder andere anfängt, korrupt zu werden. Sicher ist einmal mehr, dass wir auch in dieser Beziehung «bereichert» werden.

WS/SD TG

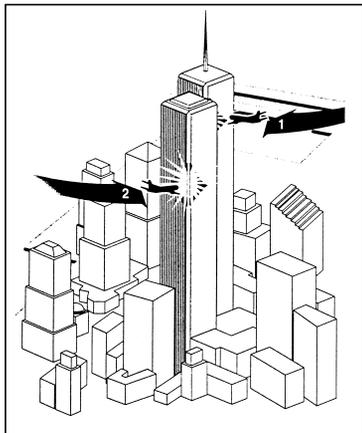


Réalité ou science fiction

Ayant ouvert mon téléviseur à 15.20 h exactement le jour de l'attaque des tours du World Trade Center à Manhattan, New York, ma première réaction en voyant ce spectacle hallucinant fut de me dire: «Tiens, un remake de la Tour Infernale, on s'y croirait et les metteurs en scènes deviennent de plus en plus réalistes». Et puis, les commentaires devenant plus précis, je compris que je me trouvais en face de la réalité. Encore incrédule, je zapais sur le satellite et toutes les chaînes de CNN en passant par l'Allemagne, l'Italie, la France et les quatre chaînes suisses; elles, montraient les mêmes images et la continuation de l'horreur. Tous les commentaires, les suppositions et les prévisions qui fleurissent sur nos ondes, maintenant, sèment le doute dans nos esprits. Pour ma part, la première question qui me préoccupe est «Conunent se fait-il que la télévision américaine ait été si bien placée pour visionner cette catastrophe au bon moment et à la bonne place?» Concernant les autres points d'impact, Pentagone et Pittsburg, les images étaient moins précises et ne sont arrivées que plus tard, bien moins synchronisées que celles des tours.

Continuant mon analyse et au fil des découvertes qui nous sont révélées au fur et à mesure, il y a vraiment de quoi se poser d'autres questions. On accuse les islamistes provenant d'Afghanistan et des pays du Golfe. Est-ce que le bateau refoulé par les Australiens ne contenait-il pas des éléments afghans douteux? Le gouvernement australien aurait-il pu être au courant de quelque chose? D'où ses violentes réactions et décisions.

Décidément, cela sent le complot à plein nez. Ne parle-t-on pas d'attentats pilotes aux USA? N'accuse-t-on pas Echelon et les services de la CIA et du FBI d'incompétences



ce et d'un étonnant manque de vigilance?

Je me rappelle qu'étant à Iasi en Roumanie lors des émeutes du 12 juin 1990, commises par les gueules noires à Bucarest mais fomentées par le gouvernement lui-même avant les élections. pour lui permettre d'édicter des lois plus restrictives et plus sévères, il y avait aussi, bizarrement, la télévision qui suivait pas à pas les commandos cassant tout à l'intérieur et à l'extérieur des bâtiments.

Sans vouloir accuser certains responsables américains d'être peut-être derrière cet épouvantable massacre, n'est-ce pas le meilleur moyen d'excuser à l'avance les futures répressions planétaires qui nous attendent? L'usage de la bombe bactérienne ou atomique qui n'est excusable que dans des cas extrêmes... plus les destructions collatérales qui passeront à la trappe des critiques.

Je suis consciente de l'effet que ma lettre pourra avoir sur les lecteurs, mais je ne suis certainement pas la seule à me poser toutes sortes de questions que d'aucun ont peur de poser. Mais je demande aux médias qui sont si précis aujourd'hui essaient aussi d'élucider ces possibilités. Merci. *Mary Meissner, Vernier*

ciés. Il a demandé une loi spéciale pour permettre les écoutes sur téléphones et ordinateurs par le FBI ou la CIA, sans passer par l'autorisation d'un juge. Le gouvernement américain profite du besoin de sécurité de la population, pour mettre en action Big Brother qui ne fait plus peur, vu les circonstances les libertés sont écorchées. Le premier prévoyant l'extension illimitée des pouvoirs de détention d'immigrés, même s'il ne s'agit que d'un visa. Toutes les agences ont ouvert leurs dossiers aux enquêteurs du FBI. En parallèle des logiciels de reconnaissance faciale installés dans les lieux publics tel que ceux de Floride qui fonctionnent déjà. John Ashcroft a également mis en cause des gouvernements étrangers les accusant sans véritables preuves d'avoir soutenu les terroristes.

Il est clair que le gouvernement des Etats Unis ne tolérera pas ce type de soutien... même s'il n'y a qu'un soupçon et ce sera l'excuse pour procéder à de vastes razzias qui déstabiliseront un pays comme c'est le cas de l'Irak. Mais on peut aussi ajouter le Kosovo, la Serbie

ou la Bosnie qui sont loin d'être en bonne posture.

Je profite de l'occasion pour ajouter aussi les remarques suivantes, qui dans un certain ordre d'idée confortent le soupçon que la diaspora juive, très importante aux Etats Unis, serait partie prenante et instigatrice de ce chaos.

Tribune de Genève du 19.9. - Le professeur Peter Crook, ancien agent spécial du FBI assure que l'un des terroristes mort dans le crash Mohamed Atta, a rencontré au début de l'année les services de renseignements irakiens. Une radio polonaise faisait état de la même rencontre mais parlait d'Israéliens vivant en Irak. D'autre part, plusieurs communiqués cachés dans des coins de pages de quotidiens parlaient de 4000 employés de religion juive qui travaillaient dans le World Trade Center, qui n'étaient pas venus travailler ce jour du 11 septembre. Parmi eux des spécialistes de transactions boursières sur les marchés internationaux qui ont profité d'un délit d'initiés. Bizarre, bizarre, tout ça. Où est la vérité?

Mary Meissner

Le Piloni

Le danger islamiste se précise

Ne nous étonnons pas des incendies qui ravagent nos églises chrétiennes. Le dernier en date de l'église du Prieuré de Pully confirme la haine viscérale des musulmans installés à l'étranger contre une religion qu'ils abhorrent. Au cours des âges, les pires exactions et les crimes sauvages ont été perpétrés par des fous religieux, ces fanatiques qui, au nom de Dieu ou d'Allah, tuent, violent, brûlent, détruisent, torturent et pillent. C'est pourquoi notre parti critique l'arrivée massive, la naturalisation facilitée ou l'intégration à marche forcée, de musulmans qui ont tous en eux, un germe fatal. Les inscriptions sur l'église du Prieuré en arabe, prouvent la justification de nos craintes. Ce n'est pas une raison parce que les phrases en arabe étaient pleines de fautes sur les murs des églises de Chamblandes et de St. Paul également incendiées, qu'il s'agissait de contrefaçons. Il y a des analphabètes partout. Ces événements devraient mettre en garde les responsables de nos communautés suisses et chrétiennes.

Les accros du Haschich

Jadis en Orient, le Vieux de la Montagne faisait priser du haschich, aussi appelé canabis ou chanvre indien, pour transformer ses fidèles en tueurs, les Haschichin, qui ont donné leur nom à «assassins». Il savait combien l'empire de la drogue ferait facilement d'eux des tueurs sur commande. Aujourd'hui, les fumeurs de hasch qui conduisent leurs voitures ne savent sûrement pas tout cela, mais ils font néanmoins partie de cette triade d'assassins en puissance.

C'est cette drogue que nos autorités suisses ont légalisée dans une certaine mesure, car il n'y a pas de raison d'interdire le canabis puisqu'officiellement on ouvre des piquoirs pour accros à l'héroïne ou à la cocaïne, et qu'en plus l'Etat, c'est à dire nous contribuables, payons l'achat. Notre ministre de la santé s'est empressée de copier la Hollande et la Belgique, connues pour leur irresponsabilité criminelle (voir la triste affaire Dutroux pas

Suite de l'article «Réalité et science fiction» du 13 septembre qui n'a eu aucun écho dans la presse

Le point principal de mes commentaires du 13 septembre concernant la catastrophe du WTC à New York soulevaient la question d'un complot programme suffisamment horrible pour excuser d'avance des restrictions draconiennes envers les citoyens américains, et des frappes diverses sur certains pays gênants les USA et leur politique mondialiste avec la bénédiction du

monde entier. Or voici ce que je lis aujourd'hui 20 septembre, et ce que j'ai entendu dans les médias audiovisuels: Tribune de Genève: «John Ashcroft, attorney général a déçu les contrôles dans les aéroports, à l'entrée des bâtiments publics des entreprises privées, des centres commerciaux et des stades. Tout est louche chez les Américains, même le fa-

L'injustice conduit à la violence

Pour en revenir au massacre de Zoug, il est flagrant de constater une fois de plus, que les médias n'obéissent qu'à leurs mentors, c'est-à-dire aux notables qui tiennent le haut du pavé dans notre démocratie helvétique si «propre en ordre», car ils ont immédiatement expliqué urbi et orbi, que l'attaque sanglante au parlement de Zoug était l'oeuvre d'un fou.

Et puis, constatant que dans la population, certaines voix s'élevaient pour dire qu'il était trop facile d'expliquer un tel carnage aussi bêtement, il y eut de bonnes âmes pour retirer des archives un passé malodorant qui ne pouvait qu'influencer le comportement de ce forcené qui de «fou» passait au rang de «malfrat».

D'ailleurs cette manie d'expliquer tout de go que l'explosion de Toulouse c'était un accident, ou que les kamikases qui se sont jetés sur les tours du WTC étaient des séides de Ben Laden, entre dans le même contexte que l'arrogance et l'injustice qui poussent de plus en plus de citoyens à exploser de rage. L'étonnement de ces notables devant les réactions du public qui a mis en doute leurs déclarations de facilité dans les trois cas précités, a contribué à faire état de plus de sagesse et d'analyse sérieuse.

Dans ces tragédies si diverses il y a un certain point commun. Les attaques ont été perpétrées par des êtres humains durement malmenés, rembarrés, déboutés, méprisés, ou occupés par la force qui, faute de pouvoir redevenir eux-mêmes, ont pété les plombs. A New York ce sont les islamistes malades des injustices israéliennes, américaines et talibanes, à l'usine Total de Toulouse ce fut probablement un ex ouvrier renvoyé arbitrairement qui s'est vengé sur des produits explosifs, et à Zoug, c'est le contribuable

bousculé, rejeté, moqué, brimé qui s'est attaqué à ses bourreaux.

Il y a quelques années, j'ai écrit une série d'articles dans *Peuple et Patrie* concernant l'«Injustice de la Justice» pour dénoncer des cas d'hommes et de femmes humiliés jour après jour (aujourd'hui il faut inclure le mobbing) prétérîtés par des décisions de justice inimaginablement biaisées, qui avaient perdu au profit d'aigrefins malins, leur fortune, leur famille et leur dignité. Nous avons même fondé l'«ACLL (association des citoyens lésés par les lois) dont l'«Appel au Peuple»

vient de prendre la relève. Quelques semaines après sa fondation, cette société a enregistré 650 admissions de citoyens qui, ne sachant plus à quel saint se vouer, sont venus spontanément comme des naufragés sur une mer malade de ses compromissions. Cet état de chose s'est installé partout sur la planète où la loi du plus fort est toujours la meilleure, et la loi de l'argent toujours l'idéal humain, excluant l'animal naturellement puisque cette catégorie d'êtres vivants est encore plus mal lotie.

Mary Meissner, Vernier

Lettre à la Tribune de Genève

Sondage populaire – Les journalistes sont de gauche

Je voudrais remercier la journaliste Françoise Buffat, et ce n'est pas la première fois que je voulais le faire, la seule femme qui parmi tous ses collègues masculins (excepté peut-être Claude Monnier), qui ose aborder franchement des sujets sensibles concernant l'actualité en appelant un chat, un chat. Ses interventions sont lues avec assiduité au même titre que certaines lettres de lecteurs filtrées par vos soins dont vous nous faites bénéficier. Sans être ni de gauche, ni de droite, elle ne se laisse pas influencer par la pensée unique qui cache le dessous d'un iceberg de gauche, horripilant les libres penseurs. Suite aux résultats des votations de ce dimanche, il ne faut pas s'étonner d'une recrudescence de droite, la même qui s'était levée au temps de *Vigilance* et dans les mêmes proportions. A l'époque il y avait encore l'Action Nationale

qui avait eu, grâce à l'apparement avec *Vigilance*, Mario Soldini et qui forma un groupe au Parlement à Berne. Ces sursauts nationalistes aujourd'hui 76% éclatent chaque fois que de graves malversations et magouilles se perpétuent sous un gouvernement de gauche, que les journalistes dénoncent avec parcimonie souvent partiellement, ignorant systématiquement de donner la parole ou la plume au peuple qui, selon les sondages, est majoritairement patriote, conservateur et comme vous le dite péjorativement, populiste. J'ai bien peur que dans le contexte actuel d'un terrorisme islamique que l'on amalgame aux musulmans (sans papiers, réfugiés, ou non) qui s'installent de plus en plus nombreux en Occident, la tendance droitiste, donc nationaliste, ne se renforce.

Mary Meissner, Vernier

Suite page 13

encore jugée après cinq ans). C'est triste de constater cette tendance européenne à libéraliser le cannabis, encouragée dans les sphères gouvernementales.

L'affaire Karine en France, renversée par un chauffard, puis violée et brûlée, aidera à retarder, dans ce pays, toute libéralisation. Faudra-t-il attendre d'autres drames tout aussi révoltants comme ceux des rave parties, pour que nos députés aient enfin un éclair de raison et d'humanité pour interdire la circulation de ce produit que d'aucuns prétendent inoffensif?

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS** 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch



L'armée achète ses tomates à l'étranger

Commerce. Outre les règles de l'OMC à respecter, les purées du sud seraient meilleures.

une question de Bernhard Hess (BE/DS) qui critiquait cette pratique alors que les horticulteurs suisses doivent détruire des surplus de tomates.

«J'ai beaucoup appris grâce à cette question», a plaisanté le conseiller fédéral. Au-delà d'une certaine quantité, la Suisse est obligée de respecter les règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC) et doit lancer un appel d'offres, a-t-il relevé.

L'armée achète des purées de tomates à l'étranger pour des raisons financières, les produits suisses coûtant trois fois plus cher. Mais aussi pour des questions de qualité. Les purées suisses sont qualitativement insuffisantes, juge Samuel Schmid. Avant de se tourner vers les marchés étrangers, l'armée était obligée de les mélanger à des tomates étrangères pour relever le goût.

Tribune de Genève, 2 octobre 2001

Faut-il croire que les purées de tomates suisses ne sont pas assez bonnes pour l'armée? En tous les cas, le Département de la défense (DDPS) achète chaque année 30 tonnes de ces produits à l'étranger, surtout en Italie, pour satisfaire l'appétit de ses soldats.

Cette quantité, qui équivaut à 120 tonnes de tomates fraîches, est peu importante au vu des **31000 tonnes produites en Suisse. Il répondait à**

Changeons la LAMAL

La nouvelle augmentation des primes d'assurance maladie fait déborder le vase. Tous les partis se réveillent enfin et proposent des solutions plus farfelues les unes que les autres. Je ne doute pas que la tâche est ardue, car la réalité est souvent biaisée, vu qu'on obtient des informations au compte-goutte souvent contradictoires.

A ce sujet, je voudrais faire remarquer que la proposition de passer par le médecin généraliste pour

tous les problèmes de santé d'un assuré, relève de l'incohérence la plus totale. Pourquoi payer deux consultations au lieu d'une seule lorsqu'il s'agit d'aiguiller un malade chez le gynéco, l'oto-rhino, le cardiologue, le chiropraticien, etc. vu qu'il est rare de trouver des généralistes capables d'exercer ces spécialisations. D'autre part, en imposant certains médecins, la LAMAL ne prendra pas en compte le fait que ces spécialistes crèchent

souvent au diable vauvert, ce qui complique certains déplacements pour beaucoup de maladehandicapés. En ce qui me concerne, j'ai choisi un otho-rhino-laryngologue habitant à l'arrêt de mon trolleybus, près de chez moi, et j'ai changé de chiropraticien parce qu'il avait déménagé.

Ce sont de petites choses, mais elles renchériront le coût des prestations si l'on n'y prend garde.

Mary Meissner

Question provocatrice posée par le directeur du journal «Le Temps stratégique» qui doit faire réfléchir

Et pourquoi la suisse ne pourrait-elle adhérer à l'OTAN?

Assez paradoxalement dans son texte, Monsieur Monnier traite l'OTAN de «mutuelle de pompiers» dans laquelle une grande majorité de Suisses refuse d'entrer car eux considèrent cet organisme comme un ramassis de va-t'en-guerre. En effet, quel esprit logique accepterait de considérer les dégâts «colatéraux» comme de simples erreurs de ciblage, qui ne sont remboursées que par de plates excuses diplomatiques? Une telle attitude venant d'un pompier le conduirait directement dans un asile. C'est pourquoi je cite encore la remarque de l'auteur de l'article: «Les citoyens suisses qu'ils soient de gauche ou de droite, déclenchent de concert un tir de barrage et tout ce que le pays compte d'officialité et jure que jamais, au grand jamais une telle horreur ne se produira». Ouf! Cela me rassure.

Il est clairement démontré que ce refus n'a rien à voir avec une relation coût-bénéfice d'une telle alliance, mais d'une question d'éthique, d'humanité logique et d'un com-

portement de neutralité qui ne s'est jamais impliqué dans les affaires d'autrui, que ce soit pour acquérir du pétrole, des colonies et un espace vital.

L'OTAN d'aujourd'hui est pire que l'OTAN d'hier. Il a passé sous le contrôle du mondialisme américain et son rôle camouflé sous l'étiquette de «sauvegarde de la Paix», est la mise au pas des récalcitrants qui refusent les ukases du politiquement correct. C'est pourquoi les Milosevic ou les Saddam Hussein, seront mis au ban des sociétés bien-pensantes qui ont reçu l'ordre d'éradiquer de cette planète tous les nationalistes défendant leurs spécificités derrière des frontières.

Monsieur Monnier reconnaît cet état de chose lorsqu'il ajoute: «Lorsqu'on est petit il faut trouver autre chose qu'une alliance qui serait moins contraignante pour notre image politique.» C'est probablement pour cela que notre ministre de la Défense, M. Schmid est parti pour Helsinki afin d'y ren-

contrer son homologue Jan-Erik Enestam. La participation aux missions du maintien de la paix étaient au coeur des entretiens. Comme la Suisse, la Finlande n'est pas membre de l'OTAN mais participe au PPP (Partenariat pour la Paix). Ce qu'on oublie systématiquement de dire c'est que la Suisse n'a pas le statut de la Finlande dont la neutralité comme celle de l'Autriche ou de la Suède, est entachée d'aide concrète aux attaques otanesques, ce qu'il faut éviter pour la Suisse si elle veut rester crédible dans ses missions humanitaires.

C'est pourquoi un NON aux soldats suisses armés à l'étranger sous couvert d'aide à la Paix doit être majoritaire comme doit l'être aussi un NON ferme et définitif à une entrée dans l'OTAN, car le premier NON est la garde fou contre une acceptation rampante d'engloutissement définitif.

Mary Meissner

Concerne Tribune de Genève du 8 mai - Courrier lecteurs

Suite de «Le Pileri»

Les sans-papiers, thème récurrent

Nous lisons dans les journaux que le mouvement des sans-papiers initialement à Fribourg, s'est élargi à la Chaux de Fonds, après que les Kosovars aient gagné une deuxième manche à Bellevaux. L'ensemble des «forces actives étrangères», toutes nationalités confondues vient de fonder un collectif sur le territoire suisse, aussi exigu que celui de la Macédoine où se déroule depuis quelques mois, une occupation albanaise semblable. Les Macédoniens d'origine grecque ont vécu jusqu'à présent dans une harmonie assez tranquille, parce que la minorité, étrangère d'origine albano-kosovar n'avait aucune revendication. Aujourd'hui, cette communauté, confortée par l'UCK et les événements tragiques ayant l'OTAN pour initiateur, exige d'être partie prenante au gouvernement du pays qu'ils ont envahi sans autorisation, en clandestins sans papiers, arguant de leur nombre toujours plus important, bien installé (mais pas intégré). Est-ce le futur sort de la petite Suisse où plus de 300.000 ressortissants albanophones vivent déjà, plus ces sans papiers qui montrent leur nez en revendiquant une reconnaissance totale?

Orgie de naturalisations

30.000 étrangers viennent de prêter serment après avoir été gratifiés du passeport à croix blanche. C'est un phénomène qui s'explique autrement que par les facilités offertes dans les coûts de procédure. Beaucoup de ces réfugiés ou étrangers venus en Suisse par mariage, ont apprécié notre style de vie et notre dévouement à nos principes de liberté d'expression et de religion. Ils ont fait des comparaisons avec les systèmes politiques de leur pays réciproques et ils ont choisi le nôtre pour jouir d'une paix jusque là protégée par notre neutralité. J'espère que ces nouveaux Helvètes iront voter NON à la loi sur l'armement de nos soldats afin qu'ils conservent l'assurance d'une sécurité unique au monde. *Octopus*

Un gros crève-coeur

Notre journal ne paraissant qu'une fois par mois, il y aura sûrement entre temps une amélioration dans la situation catastrophique de notre si belle compagnie nationale aérienne Swissair. Ayant travaillé 15 ans dans l'aviation et le tourisme, il m'est doublement pénible d'entendre depuis des mois, les nouvelles alarmantes dont Swissair a fait l'objet dans les médias du monde entier. Il n'y a plus qu'à espérer que notre belle croix blanche sur fond rouge continuera à traverser les ciels d'azur grâce à Crossair et que ce sera un nouveau départ fabuleux.

Entre temps, je me demande où est passé Brüggisser, ce type qui a pu

sans coup férir, dépenser des milliards à la pelle. La somme de 17 milliards est tellement énorme que les citoyens, passagers et actionnaires, ont de la peine à se figurer ce que cela représente vraiment. Nous avons trop de confiance vis-à-vis de ceux qui profitent de notre naïveté, alors nous sommes plumés au propre et au figuré, comme des oies. Non seulement on se sert dans nos bourses par toutes sortes de petites pipées, mais nos représentants dans nos parlements ont enlevé toutes les serrures à leurs portes et dorment du sommeil du juste. Ne serait-il pas temps de demander des comptes aux responsables toujours non coupables et pas res-

ponsables?

Combien de fois dans plusieurs quotidiens et journaux, n'ai-je pas embouché la trompette d'alarme concernant la bourse, que j'ai appelée le nouveau jeu de l'aviation? Combien de fois n'ai-je pas crié casse-cou aux boursicoteurs assez stupides pour croire à la multiplication des billets de banque? Lorsque notre AVS s'est mise à placer nos fonds sans nous demander notre avis dans des actions américaines risquées, notre journal et notre parti ont dénoncé ce jeu dangereux à plus d'un titre. Résultat qui a été caché et qui est encore un sujet tabou, les 8 milliards que notre AVS a perdus et qui ne sont admis de

temps à autre qu'à la hauteur d'un milliard. Brüggisser et sa bande ont ils aussi joué et perdu en bourse? C'est la seule explication possible. Aider des canards boiteux, c'est une chose, mais pas au point de ne plus pouvoir s'acheter du kérosène pour voler et comble de honte, de voir nos avions cloués sur sol étranger faute de liquidités pour faire face à nos engagements. Ma tristesse est incommensurable et se met au diapason de toutes les frustrations qui bouleversent la population aujourd'hui en ne voyant plus dans le ciel le drapeau dont elle était si fière.

Maria de Seimners



SD gegen Preisabgabe des Schächtverbots

Mit grosser Sorge stellen die SD fest, dass der Bund in seiner Vernehmlassung zur Revision des Tierschutzgesetzes das Schächtverbot, für welches uns Tierfreunde in aller Welt beneiden, aufheben will.



Schweizer Demokraten

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

SD-Position zum Themenkreis Einbürgerung

He. Angesichts der Folgen einer verfehlten Einwanderungspolitik versucht der Bundesrat, die Statistiken mit einer Einbürgerungsoffensive zu beschönigen. Die SD lehnen die geplante Verschönerung des Schweizer Bürgerrechts ab. Sie sind in Sorge um die direkte Demokratie der Schweiz und legen deshalb ihre Forderungen zur künftigen Einbürgerungspolitik auf den Tisch.

Die Einbürgerungszahlen sind in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Mit einer immer grosszügigeren Praxis wird versucht, den hohen Ausländeranteil der Schweiz (20%) nach unten zu korrigieren. Die Fehler der Migrationspolitik sollen offenbar mittels Einbürge-

rungspolitik versteckt werden. **Die large Praxis ist möglich, weil das heutige Gesetz bereits zahlreiche Erleichterungen kennt und grossen Interpretationsspielraum lässt.** Der Bundesrat plant mit der für den Winter angekündigten Vorlage, die Einbürgerung noch weiter zu forcieren. Zu diesem Zweck kreiert er neue Definitionen für die Ausländergenerationen, sieht automatische Einbürgerungen vor und greift in die Gemeindeautonomie ein.

Die SD sehen den Revisionsbedarf an einem anderen Ort, nämlich dort wo die Probleme liegen. Sie fordern ein klar definiertes Anforderungsprofil für künftige Schweizer Bürger. Mindestens ausreichende Sprachkenntnisse müssen

für jede Einbürgerung Voraussetzung sein! Damit ist auch ein erster Schritt gegen die Erschleichung des Bürgerrechts über die Ehe getan. Zu prüfen sind auch die **Verlängerung der Wohnsitzfristen** und die **Wiedereinführung des dreistufigen Systems für Ehegatten.** Damit würde den berechtigten Anliegen der Gemeinden und Kantone Rechnung getragen. Zudem sind **Einbürgerungen von Personen ohne dauerndes Aufenthaltsrecht zu unterbinden und die doppelte Staatsbürgerschaft nicht länger zuzulassen.**

Zum jetzigen Zeitpunkt ist sowohl ein SD-Referendum wie auch eine SD-Volksinitiative nicht ausgeschlossen.

Nachlese zum Terrorangriff auf die USA

Für den Terrorangriff auf die Twin-Towers des World Trade Centers in New York und das Pentagon in Washington sind nur Gefühle des Entsetzens, der Empörung und der tiefen Trauer angemessen. Trotz diesen Gefühlen dürfen wir jedoch nicht gewisse politische Realitäten aus den Augen verlieren. In den ersten Kommentaren waren verschiedene Dinge zu hören, die nicht zutreffen.

So ist zu bezweifeln, dass es sich um einen Anschlag auf die «ganze zivilisierte Menschheit» oder die «westliche Welt» gehandelt habe, auch nicht auf die gesamte Menschheit. Es trifft auch nicht zu, dass der Terror aus dem Hass der Armen und Entrechteten der Dritten Welt geboren wird. Die Terroristen stammen aus einem Milieu und aus Ländern, die gar nicht so arm sind, zum Teil sogar zu den reichsten der Welt gehören.

Es ist kaum ein Zufall, dass sich der Angriff auf die USA richtete; die Terroristen wollten speziell diese treffen! Es wird viel von «Globalisierung» und der Auflösung des Systems der Nationalstaaten berichtet. Aber ist es wirklich das, was wir erleben? Eher erleben wir die Errichtung eines imperialistisch-kolonialen Hegemonialsystems durch die USA. Von diesem sind bloss einige wenige so genannte «Schurkenstaaten» ausgegrenzt. Die NATO z.B. ist formal zwar ein Militärbündnis gleichberechtigter Nationalstaaten, aber einzig die USA bestimmen dort, was getan und was unterlassen wird. Zu denken ist auch an die Bombenabwürfe auf Serbien und den Irak, an den ungelösten Konflikt Israel/Palästina mit täglich neuen Todesopfern, an Wirtschaftssanktionen, welche nie die politischen Eliten treffen!

Dabei geht es aber nicht nur um Politik und Militär! Wir sind auch – unterstützt durch den «kleinen

Bruder» Grossbritannien – mit einem Kulturimperialismus der Vereinigten Staaten konfrontiert, die mit ihrer Coca-Cola-, McDonald- und Popmusic-Pseudokultur die übrigen Kulturen der Welt niederwalzen. Dies schafft viel mehr Hass als eine Armut, hinter welcher sich oft gar kein echtes Elend verbirgt, sondern eine einfache, bargeldlose Naturalienwirtschaft.

Nun wäre es sicher falsch, den Spiess einfach umzudrehen und gewissermassen einen «Rassismus» gegen die Bevölkerung der USA zu entwickeln. Ein Grossteil von ihr ist für die Zustände nicht verantwortlich zu machen, und auch in den USA existiert eine Hochkultur, die zu achten, zu bewundern und zu geniessen ist! Viel besser wäre es, wenn die Angehörigen der andern Nationen etwas selbstkritischer wären, mehr Selbstbewusstsein zeigten und sich politisch, vor allem aber auch geistig-kulturell von den USA stärker emanzipieren würden! *Jean-Jacques Hegg, a. Nationalrat, Dübendorf*

Noch 1 Million...

Es gebe 300'000 Papierlose in der Schweiz. Wenn diese anerkannt werden, (gemäss Linken und anderen...) muss mit einem Einwandererschub (Familiennachzug) von gut einer Million gerechnet werden. Bundesrätin Ruth Metzler ist Hauptschuldige, denn heute sind z.B. über 90% der Grenzübergänge am Abend und in der Nacht gar nicht mehr besetzt – jeder kann hereinspazieren... Frau Metzler reicht dies noch nicht, sie will beim «Scheingen» mitmachen, dann gibt es überhaupt keine Grenzkontrollen mehr. Verrückt, nicht wahr? Und das sind unsere Volksvertreter...

WS

Fundbüro – warum?

Auf meine Frage, wie es ihr gehe, antwortete mir eine Ausländerin begeistert: «Wunderbar, ich habe gestern hundert Franken gefunden...» Etwas irritiert in die Welt guckend fragte ich sie, ob in ihrem Lande denn ein Fundbüro unbekannt sei und ob die Menschen Ehrlichkeit nicht schätzen würden... jetzt schaute sie mich irritiert guckend an und ich war sicher, dass die Sache mit der Integration ein Traum bleiben werde.

WS

«Zug» könnte überall sein...

Heute fühlen sich immer mehr Menschen ohnmächtig, im Beruf, im Leben und in der Gesellschaft. Demokratische Mittel werden abgebaut, relativiert; Volksentscheide übergangen und Freiheitsrechte mehr und mehr reduziert, Menschen ausgegrenzt und Meinungen diffamiert. Das freie Wort gemäss Bundesverfassung BV § 16 ist tot; die «freie Meinungsbildung» gemäss § 16 ist nicht mehr garantiert. Anstatt dass kluge Redaktoren alle reden lassen, also Regierungs- und Oppositionsparteien, ihre eigene Meinung und politischen Vorstellungen zurückzustellen und die Schwelle für Leserbriefe möglichst nach unten drücken, wächst die Ohnmacht. So gibt es immer mehr frustrierte Gruppen, Parteien und Einzelpersonen – enttäuschte, desillusionierte Menschen, die völlig ohne Hoffnung sind. Darum sind viele überzeugt, dass die Medien – allen voran Radio und TV DRS – an einer ungunstigen Entwicklung eine grosse Verantwortung haben und leider nicht bereit sind, etwas aus dem Alltag zu lernen. Schade für unser Land, schade für unser Volk – «Zug» könnte sich schon bald wiederholen...

WS